Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 248. Sonnabend, den 22. Oktober 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Oeffentlichkeit und Presse in der Strafprozeßnovelle.

Öffentliches Verfahren im Gegensatz zu dem geheimen Inquisitionsverfahren des Mittelalters ist eine Errungenschaft des vorigen Jahrhunderts. „Eine vernünftige Öffentlichkeit muß in jeder Weise geschützt werden“, heißt es in einer Kabinettsorder von **1804.** Napoleon führte die Öffentlichkeit im Gerichtsverfahren in den Rheinlanden zu Beginn des vorigen Jahrhunderts ein. Eine der wesentlichsten Forderungen des Frankfurter Parlaments im Jahre 1848 war: Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens. Im § 179 der von der Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung hieß es: § 179: „Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein. Ausnahmen von der Öffentlichkeit im Interesse der Sittlichkeit bestimmt das Gesetz.“ Das Prinzip der Öffentlichkeit kannte selbst Bismarck als im Kulturinteresse notwendig an. Bekannt ist seine Äußerung in der Reichstagsrede vom 30. November 1874: „Ich schätze an dem ganzen Regime der neuen Zeit nichts so sehr, als die absoluteste Öffentlichkeit; es soll kein Winkel des öffentlichen Lebens dunkel bleiben.“ Die im Jahre 1879 in Kraft getretenen Justizgesetze beruhen auf dem Prinzip der Öffentlichkeit. Dieser Grundsatz galt allgemein als so wertvoll, daß selbst im Kartellreichstag 1888 die Regierung harte Kämpfe zu führen hatte, um die jetzt noch bestehenden Einschränkungen einzufügen.

Anders jetzt. Die ungeheure von der Strafprozeßnovelle geforderte weitere Beschränkung der Öffentlichkeit ist in der Reichstagskommission gebilligt, ja noch verschärft. Damit ist eine der erheblichsten Garantien für eine gerechte Rechtspflege gefallen. Ungerechten Urteilen, Verhüllungen der Wahrheit ist damit Tür und Tor geöffnet.

Der Entwurf schlug als § 172 I im Gerichtsverfassungsgesetz folgende Fassung vor: „In Strafsachen kann das Gericht nach freiem Ermessen die Öffentlichkeit für die Verhandlung oder für einen Teil der Verhandlung ausschließen, wenn das Verfahren eine nach den §§ 185 bis 187, 189 des Strafgesetzbuches strafbare Beleidigung betrifft und einer der Prozeßbeteiligten die Ausschließung der Öffentlichkeit beantragt.“ Die Kommission hat die Worte „nach freiem Ermessen“ durch „sofern ein öffentliches Interesse nicht entgegensteht“ ersetzt. Auch die Verkündung der Urteilsbegründung soll fortan ohne weitere Verhandlung über den Ausschluß der Öffentlichkeit der Begründung durch Gerichtsbeschluß ausgeschlossen werden können. Abgelehnt hat die Kommission alle Anträge, welche darauf abzielten, znm mindesten stets die Zustimmung aller Prozeßbeteiligten zum Ausschluß der Öffentlichkeit zu fordern!

Über die Regierungsvorlage hinausgehend hat ferner die Kommission beschlossen, den § 184b des Strafgesetzbuches, der jetzt vorschreibt:

> Mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten wird bestraft, wer aus Gerichtsverhandlungen, für welche wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, aus den diesen Verhandlungen zugrunde liegenden amtlichen Schriftstücken öffentlich Mitteilungen macht, welche geeignet sind Ärgernis zu erregen.“

zu ändern.

Die Kommission hat beschlossen, die gesperrt gedruckten Schlußworte zu streichen. Danach soll also jeder, auch der schuldlos Verurteilte und vor allem die Presse verurteilt werden, welche wahrheitsgemäß und in einer kein Ärgernis erregenden Weise Mitteilungen, zum Beispiel aus dem Eulenburg-Prozeß oder aus dem Allensteiner Prozeß macht, verurteilt werden, nur weil er die Wahrheit sagt! Was anderes ist der Grund für diesen neuen Knebel der Wahrheit und der Presse, als die Furcht vor Klarlegungen der tiefen, durch Prozesse der erwähnten Art enthüllten sittlichen und geistigen Fäulnis in den hohen Gesellschaftskreisen? Sensationslüsterne, widerliche Prozeßberichte bürgerlicher Blätter konnten ja auf Grund des § 184b gefaßt werden. Aber es liegt der herrschenden Klasse, wie ja auch der Ausschluß der Wahrheit für Beleidigungsprozesse zeigt, daran: nicht die Unsittlichkeit, Heuchelei und Schweinerei zu bekämpfen, sondern sie durch Strafgesetze zu schützen. Es gibt kaum einen größeren Schutz für nichtswürdige Verfehlungen an Beamten und für Unsittlichkeiten der höchsten Gesellschaftskreise, als die beschlossene Beschränkungen der Öffentlichkeit.

Sie ebnen auch den frivolsten Verleumdungen Tür und Tor. Wird gegen Leute, die in der Art niedrigster Erpresser die Unwahrheit über im politischen oder gewerkschaftlichen Kampf Stehende verbreiten, Beleidigungsklage erhoben, so kann zunächst gegen den Willen des Verleumdeten, der Klage nur erhoben hat, um öffentlich die Niedrigkeit und Unhaltbarkeit der gegen ihn erhobenen Vorwürfe klarzustellen, die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Handelt es sich auch zum Teil um Dinge, während deren Verhandlung die Öffentlichkeit im Interesse der Sittlichkeit ausgeschlossen war, so darf der Angegriffene, dessen völlige Schuldlosigkeit vor Gericht offenbart ist, nichts daraus mitteilen, wenn er nicht auf Grund des § 184b bestraft sein will. Der Presse sind die Hände geknebelt zur Mitteilung, daß der schamlose Verleumder als Halunke im Gericht und durch das Gericht gebrandmarkt ist. Der Elende darf von neuem seine Ehrangriffe verbreiten — die Konstatierung ihrer gerichtlichen Widerlegung ist ja mit Strafe bedroht! Das heißt: gesetzlich einen Freibrief für Ehrabschneider ausstellen und auf dem Verleumdeten den Vorwurf sitzen zu lassen. Eine gleich unsittliche Bestrafung der Wahrheit und Begünstigung der infamsten Verleumder kennt keine Gesetzgebung der Welt.

Die Presse würde in erster Linie durch die neue der Enthüllung der Wahrheit und Bekämpfung frivoler Verleumdungen angedrohte Fessel getroffen werden. Die natürlichen Feinde der öffentlichen Meinung, jene im Trüben fischenden Heuchler werden ihre helle Freude an dem „Reformwerk“ der Kommission haben.

Der charaktervollen, unerschrockenen, unabhängigen, freien Presse ist auch sonst der Entwurf übel gesinnt. Die alte Forderung: „Schwurgerichte für Preßvergehen“ ist abgelehnt. Der fliegende Gerichtsstand soll bis zu einem gewissen Grade neu eingeführt werden. Ist jetzt für Preßdelikte nur das Gericht zuständig, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist, so sollen neben diesem Gerichtsstand in Zukunft drei Gerichtsstände der Staatsanwaltschaft zur Auswahl gestellt werden: der des Wohnsitzes des Redakteurs oder Verfassers, der, an dem der vermeintliche Täter seinen „gewöhnlichen Aufenthalt“ hat und der, in dessen Bezirk er verhaftet ist. So würde beispielsweise ein in Köln wohnhafter Verfasser des Artikels eines in München erscheinenden Blattes, der eine Reise nach Königsberg unternommen hat und dort verhaftet ist, nach Wahl der Staatsanwalt angeklagt werden können: vor dem Schwurgericht in München, oder vor dem Landgericht in Köln, oder vor dem in Königsberg.

Die barbarische Tortur ferner, die in der Anwendung des Zeugniszwanges gegen Redakteure, Verleger, Drucker einer Druckschrift besteht, ist im wesentlichen aufrechterhalten. Nach wie vor soll für Strafsachen der Zustand aufrecht erhalten bleiben, daß der Richter Zwangsmittel anwenden darf, um einen Bürger zu einer ehrlosen Handlung zu drängen. Für Zivilprozesse gestattet die Zivilprozeßordnung die Zeugnisverweigerung, wenn die Aussage „zur Unehre“ dem Aussagenden gereichen würde. Anders im Strafprozeß. Da besagt § 49 der Strafprozeßordnungsnovelle nur:

> Redakteure, Verleger und Drucker einer periodischen Druckschrift, sowie die bei der technischen Herstellung der Druckschrift beschäftigten Personen dürfen die Auskunft über die Person des Verfassers oder Einsenders eines darin enthaltenen Artikels strafbaren Inhalts verweigern, sofern rechtlich und tatsächlich kein Hindernis besteht, wegen des Inhalts des Artikels die Bestrafung eines Redakteurs der Druckschrift als Täter herbeizuführen.
>
> Diese Vorschrift findet keine Anwendung, wenn der Inhalt des Artikels den Tatbestand eines Verbrechens begründet.

Dadurch ist zunächst der Redakteur der Zeugnispflicht bei Verbrechen, z. B. der Anklage des Hochverrats, des Aufruhrs, ausdrücklich ausgesetzt. Ferner enthält das in § 49 dem Redakteur usw. scheinbar eingeräumte Zeugnisverweigerungsrecht eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes. Das Reichsgericht hat durch seine Judikatur gebilligt, daß man den Redakteur, Verleger, Drucker, Setzer, Setzerlehrling, vielleicht auch die Reinmachefrau und den Briefträger als Teilnehmer der vom Verfasser begangenen strafbaren Handlung betrachtet.

Es kann also schon heute nach dem Gesetz ein Redakteur usw. die Auskunft über die Person des Verfassers oder Einsenders verweigern, da auch er möglicherweise zur Verfolgung gezogen werden könnte. Dies heute bestehende Recht engt der oben wiedergegebene neue § 49 ein. Er will das Verweigerungsrecht nur geben, „sofern rechtlich und tatsächlich kein Hindernis besteht, wegen des Inhalts des Artikels die Bestrafung eines Redakteurs der Druckschrift als Täter herbeizuführen“. Demnach würde der Redakteur und das gesamte bei der Herstellung des Preßerzeugnisses beteiligte Personal nunmehr beispielsweise verpflichtet sein, den Namen des Einsenders anzugeben, wenn die sechsmonatliche Verjährungsfrist vom Staatsanwalt verbummelt oder wenn der verantwortliche Redakteur in der Zwischenzeit verstorben ist.

Endlich aber bezieht sich der § 49 auf die Hauptfälle überhaupt nicht, nämlich nicht auf die, bei denen es sich um Ermittelung der Person eines Einsenders oder des Verfassers einer Druckschrift oder eines Teiles einer solchen handelt. Der Unfug ist aufrecht erhalten, der in der Herstellung der berüchtigten Verfahren gegen „Unbekannt“, insbesondere im Disziplinarverfahren liegt. Liegt irgendeiner Behörde daran, zu erfahren, wer der Verfasser eines Artikels ist, so wird ein Aktendeckel genommen, darauf geschrieben: „Disziplinarsache gegen Unbekannt“ und dann der Richter ersucht, den Redakteur, Verleger usw., eventuell durch Zwangsmittel, zur Angabe des Verfassers zu veranlassen. Diesen Versuch zur Herbeiführung eines ehrlosen Verhaltens des Redakteurs, Setzers usw. durch Zeugniszwangsmittel aufzuheben, hat die Kommission abgelehnt.

Der Entwurf erster Lesung bringt also der Öffentlichkeit und der Presse ganz erhebliche Nachteile. Gegen diese frühzeitig Stellung zu nehmen, sollte Pflicht der anständigen Presse ohne Unterschied ihrer politischen Richtung sein, zumal das lebhafte Bestreben besteht, die mit dem falschen Etikett einer „Reform“ der Strafprozeßordnung ausgeschriene erhebliche Verschlechterung der Strafprozeßreform durchzupeitschen, so daß eine Stellungnahme der Öffentlichkeit zu diesem reaktionären Werk erheblich erschwert wird.

Politische Rundschau

Deutschland.

Staatsstreich.

Der konservative Reichsbote predigt den Staatsstreich. Er will ein Zweikammersystem in Deutschland einführen. Neben dem Reichstag soll noch ein Herrenhaus errichtet werden, dessen Mitglieder Wilhelm ernennt und das alle Gesetze, die ihm nicht passen, durch seinen Widerspruch unmöglich machen könnte. Aber wie dieses Oberhaus erreichen? — Der „Reichsbote“ hat ein unfehlbares Mittel in der Hand: den Staatsstreich. Und nun einmal in den Gefilden des Hochverrats angekommen, stimmt er seine Leier zu einem Dithyrambus auf den Staatsstreich, wie er in dieser Offenheit doch noch nicht bisher gesungen war:

> Das Wort „Staatsstreich“ hat in allen Fällen, wo eine Regierungsmaßnahme gegen den Tenor oder Geist der Verfassung eigenmächtig dem Ziele zugewandt ist, unhaltbare Zustände zu beseitigen, um der Festigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu dienen oder sonstigen großen Staatsinteressen eine Förderung angedeihen zu lassen, für das deutsche Ohr keinen üblen Klang mehr. Und wie sollte es hier abstoßend wirken, wo es sich nur um das ernste Streben handeln kann, das deutsche Parlament von der Tyrannei des Parteigeistes zu befreien und gegen die Umtriebe der roten Reaktion sicher zu stellen? Eine Regierung, die hier selbständig handelt, auf die Gefahr hin, eines „Staatsstreichs“ verdächtigt zu werden, ist des Dankes der Besten der Nation sicher.

Was empfiehlt der „Reichsbote“ als Mittel gegen den Umsturz? — Den Umsturz. Nur will er an Stelle des roten Umsturzes den blauen, die Revolution von oben, setzen, die Revolution im Interesse der herrschenden Klassen.

Scharfmacherische Fieber-Phantasien.

Die Presse der Reaktion, allen voran das Organ des Herrn v. Bethmann-Hollweg, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, bringt einen gleichlautenden Artikel, in dem gegen den Transportarbeiterverband gehetzt wird. Der Artikel stammt von „unterrichteter“ Seite, also vermutlich von der Polizei oder vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Nachdem die „Sünden“ des Transportarbeiterverbandes aufgezählt sind, heißt es:

> „Man wird . . . mit den schärfsten gesetzlichen Mitteln den sozialdemokratischen Ausschreitungen begegnen und politischen Strolchen das gemeingefährliche Handwerk legen müssen, um Vorgänge, wie in Moabit, zu vermeiden. Vielleicht kann man schon mit den bestehenden Gesetzen bei der ersten Ausschreitung von Streikposten einem Betriebe das Streikpostenstehen in eben diesem Betriebe für die ganze Dauer des Ausstandes verbieten und dann noch vorkommende Brutalitäten mit allem Nachdruck ahnden.“

Das Streikpostenstehen ist erlaubt, nur während eines Streiks ist es verboten! Feine Idee! Könnte in Dalldorf ausgeheckt sein!

Zur Bekämpfung der Fleischnot.

Der Fleischer-Obermeistertag für Sachsen und Anhalt hat sich mit dem aktuellen Thema der Bekämpfung der Fleischnot ziemlich eingehend beschäftigt. Schlachthofdirektor Henning aus Aschersleben empfahl, man solle das Geld, das für Prämien zu Mastviehausstellungen aufgewendet wird, lieber dazu benutzen, den kleinen Landwirten, die regelmäßig züchten, eine Staatsprämie zu geben. Die Tuberkulinimpfung von Schlachtvieh bezeichnet der Schlachthofdirektor als völlig überflüssig. Von anderer Seite wurde empfohlen, die viehlosen Landwirtschaftsbetriebe mit höheren Steuern zu belegen. Schließlich verlangten die Versammelten in einer Resolution Herabsetzung der Viehzölle, Aufhebung der Quarantäne, Abschaffung der Getreideausfuhrprämien und Abschaffung der Einfuhrzölle auf Futtermittel.

Ein Jagow-Interview.

Der durch seine Strategie im Kampf gegen Massendemonstrationen und durch die Moabiter Heldentaten der Polizei „berühmt" gewordene Berliner Polizeipräsident, Herr v. Jagow, ist gegenwärtig in London, um die dortigen Verkehrsverhältnisse und die Londoner Polizei zu studieren. Wie das bei „berühmten" Männern üblich ist, hat er sich dort auch interviewen lassen, und zwar von einem Mitarbeiter der „Morningpost". Dabei hat er denn eine erstaunlich polizeiliche Weisheit zum besten gegeben, aber auch einige recht interessante Zugeständnisse gemacht. Der „Berliner Lokalanzeiger" hat sich alles brühwarm aus London telegraphieren lassen. Danach hat Herr v. Jagow gesagt:

„In großen Städten wie Berlin und London müsse die Polizei seiner Meinung nach nicht unter der Stadtverwaltung, sondern unter der Zentralregierung stehen. Ich erinnere mich eines griechischen Zitates", fuhr Herr v. Jagow fort, „ich glaube aus der Iliade des Sinnes, daß im Falle von Ruhestörungen es ein übles Ding sei, zweierlei Behörden zu haben, damit stimme ich vollkommen überein. Ich habe 8000 Mann unter mir, fast alles Unteroffiziere, die wenigstens neun Jahre in der Armee gedient, gehorchen gelernt haben und andere Personen im Zaume halten können. In der Tat bilden sie ein Elitekorps und ich kann ihnen absolut vertrauen. Eine ihrer Aufgaben ist die Regelung des Straßenverkehrs." Herr v. Jagow sprach dann davon, was er in dieser Beziehung bereits Rühmenswertes in London gesehen habe, meinte aber, der hiesigen Polizei käme dabei die größere Bereitwilligkeit der Kutscher und Fuhrleute zustatten. In Berlin gehorchten diese Leute nur unwillig, oft gar nicht. Polizisten würden mitunter von Wagen umgerannt. Leider seien die hierauf bezüglichen Strafverordnungen zu milde.

Mit Bezug auf die Moabiter Unruhen äußerte Herr v. Jagow, daß die Berichte darüber wohl übertrieben waren. Die Krawalle könnten nicht von langer Dauer sein, meinte er, denn die Berliner seien ein sehr nüchternes und vernünftiges Volk, und Barrikaden wären seit 1848 außer Mode gekommen. „Die Berliner sind stolz auf ihr Vaterland und ihren Kaiser und König, aber wenn Leute hungrig sind, verlieren sie manchmal den Kopf. Dasselbe kann hier in London oder irgendwo anders passieren. Niemand bedauert so sehr wie ich, daß englische Journalisten dabei verwundet wurden, aber sie begaben sich selbst in die gefährdete Zone; sie befanden sich zwischen erregten Streikern und der Polizei, und die Polizei wurde mit Steinen und Flaschen beworfen."

Die Engländer werden sich durch die Polizeiweisheit des Herrn v. Jagow kaum zu seinen Ansichten über die Polizei bekehren lassen; noch weniger werden sie einsehen, daß es gerechtfertigt war, unbeteiligte Zuschauer niederzusäbeln, selbst wenn sie absichtlich oder durch Zufall in die „gefährdete Zone" gerieten. Aus den Erfahrungen der englischen Journalisten beim Moabiter Polizeikrawall wird man in England, wie bei uns, vielmehr die berechtigte Annahme schöpfen, daß auch andere ohne Not und ohne Grund mit den Säbeln der Polizei in Berührung kamen.

Einen argen Strich durch die Rechnung hat Herr von Jagow den Scharfmachern und Agrariern gemacht. Sie haben sich alle erdenkliche Mühe gegeben, mit Aufwand der unverschämtesten Lügen, die Sozialdemokratie für den Moabiter Skandal verantwortlich zu machen. Herr von Jagow aber rühmt die Berliner als nüchtern und vernünftig. Und er hat recht. Aber der Hunger läßt sie manchmal den Kopf verlieren. Wer sind aber die Leute, die in erster Linie den Hunger verschuldet haben? Die Lieblinge der preußischen Regierung, die Agrarier, die durch ihre wucherische Zoll- und Steuerpolitik die Lebensmittelpreise immer höher treiben und dadurch die Arbeiter in den Streik hineinzwingen, um nicht zu verhungern. Sie werden Herrn von Jagow für seine Offenheit nicht dankbar sein.

Die Antwort des Hansabundes.

Der Präsident des Hansabundes, Geheimrat Rießer, hat sich zu dem Berliner Mitarbeiter der „Münchener Neuesten Nachrichten" über die Angriffe der letzten Zeit geäußert. Er sagte u. a.:

„Es wäre nach meiner Überzeugung notwendiger und richtiger gewesen, wenn die „Norddeutsche", die in der ganzen letzten Zeit nie ein Wort des Tadels gegen weit schärfere Wendungen des Bundes der Landwirte, nicht einmal gegen dessen Boykottierungspolitik gefunden hatte, einmal die allein richtige, ernste Frage untersucht hätte, woher es denn kommt, daß selbst Männer, die sich ihrer Verantwortung voll bewußt sind und ebensowenig wie ihre Gegner daran denken, der Arbeit aller Erwerbsstände den ihr notwendigen Schutz zu versagen, sich in ihrem Gewissen verpflichtet fühlen, so scharf und so rückhaltlos zu reden."

Geheimrat Rießer zählt dann eine Reihe von Anlässen auf, bei denen die Agrarier aus rein egoistischen Motiven handelten, so beim Branntweinsteuergesetz, bei der Aufrechterhaltung der preußischen Wahlkreiseinteilung, bei der Ablehnung der Erbschaftssteuer usw. Dann fährt er fort:

„Hätte die Norddeutsche, dem Ernst der Lage entsprechend, diese Fragen erörtert, so wäre wohl auch sie zur Erkenntnis gelangt, daß es nur einen Ausweg aus der heutigen Zerfahrenheit und nur einen Weg gibt, die utopistischen Ziele der Sozialdemokratie mit Erfolg zu bekämpfen, wenn es nämlich gelingt, eine offene und entschiedene Abkehr von der agrar-demagogischen Richtung sowie ferner herbeizuführen, daß nicht mehr fast ausschließlich oder überaus vorwiegend einzelnen Schichten der Bevölkerung, sondern der Gesamtheit des Bürgertums, die diesem gebührende Stellung in der Verwaltung und Leitung des Staates gesichert werde. Eine Politik des Zuredens und Abwartens ist nicht geeignet, den bürgerlichen Kreisen, worauf es vor allem ankommt, Vertrauen und neuen Mut einzuflößen".

Auch der Hansabund kann es sich nicht verkneifen, bei jeder Gelegenheit die Sozialdemokratie anzurempeln und den Kampf gegen diese zu propagieren. Trotzdem aber behauptet man, der Hansabund sei völlig unpolitisch. Wers glaubt, zahlt einen Taler!

Der Landratsprozeß in Greifswald.

Der Prozeß, der sich gegen den Gutsbesitzer Becker richtet, dauert noch immer, und es ist schier kein Ende abzusehen. Die von dem Angeschuldigten erhobenen Behauptungen treffen im allgemeinen zu, aber die Beweggründe werden von dem Landrat Freiherrn von Maltzahn und den übrigen Beamten fast durchgehend bestritten. Daß solchen Wirten Konzessionsschwierigkeiten gemacht wurden, in deren Lokal liberale Versammlungen tagten, wird zugegeben, es wird aber ganz entschieden in Abrede gestellt, daß die Konzessionsschwierigkeiten deshalb gemacht wurden, weil dort liberale Versammlungen stattfanden. Die Zeugen wissen stets andere Gründe dafür anzugeben. Der als Zeuge vernommene Regierungspräsident a. D. v. Scheller bekundete ganz generell: „Es wird gegen Beamte niemals eingeschritten wegen politischer Tätigkeit an sich, sondern nur wegen der Art und der Form der Agitation oder wegen des Umfanges derselben, wodurch die Tätigkeit der Beamten beeinträchtigt wird."

Der Zeuge hatte dabei den Fall des Lehrers Schacht im Auge, der disziplinarisch bestraft wurde, weil er durch seine Agitationstätigkeit seine Schule vernachlässigte. Lehrer Schacht ist dagegen der festen Überzeugung, daß er nur bestraft worden war, weil er für die Freisinnigen agitiert hatte.

Auch über die Art, kleine Leute zu den Steuern heranzuziehen, hat der Prozeß eine interessante Aufklärung gegeben. In Bartmannshagen wurde von 4 Witwen, darunter einer 76jährigen Frau und 3 Rentenempfängerinnen, Staats- und Kommunalsteuer erhoben, obwohl ihr Einkommen weit unter 900 Mk. betrug. Der Gutsvorsteher Thomas mußte als Zeuge die Richtigkeit zugeben, sagte aber, die Steuern seien freiwillig gezahlt worden, jetzt aber seien die Frauen von der Steuer befreit worden. Der Landrat Freiherr v. Maltzahn begründete die Steuerpflicht der Witwen, die Invalidenrente beziehen, damit, daß sie außerdem auch ein Deputat haben und dieses Deputat sei steuerpflichtig. Die Frauen seien aber von den Steuern befreit worden, als die Steuerkommission sich darüber klar wurde, daß ihr Einkommen niedriger war, als man zuerst angenommen hatte. Damit hat also der Landrat zugegeben, daß diese Invalidenrentenempfängerinnen zu hoch eingeschätzt worden sind. Ob das auch schon bei Großgrundbesitzern passiert ist, danach wurde der Landrat leider nicht gefragt.

Der als Zeuge vernommene Reichstagsabgeordnete Gothein schildert, wie er durch direkte Rücksprache mit dem Kriegsminister erreicht habe, daß die Konzertsperre über den Kaisersaal in Grimmen aufgehoben worden ist. Seiner Überzeugung nach war diese Konzertsperre auf politische Gründe zurückzuführen.

Die Kosten der Kronprinzenreise.

Die „Frankfurter Zeitung" bringt die Nachricht, daß die Kosten der Reise, die der Kronprinz nach Ostasien unternimmt, aus dem Dispositionfonds des Auswärtigen Amtes bestritten werden sollen. Wenn das richtig ist, dann wird damit der Zweck, für den der Dispositionsfonds des Auswärtigen Amtes geschaffen ist, gröblich verletzt. Daran hat kein Mensch im Reichstage gedacht, daß aus dieser Summe jemals die Kosten einer rein privaten Unternehmung des Kronprinzen bestritten werden könnten. Es ist dringend notwendig, daß die Regierung endlich einmal klipp und klar erklärt, ob in der Tat Mittel der Steuerzahler für diesen mehrmonatlichen Jagdausflug des Kronprinzen in Anspruch genommen werden sollen.

Ein Großblock gegen die Sozialdemokratie.

In Frankfurt a. M. hat die Volkspartei beschlossen, mit allen bürgerlichen Parteien, auch Konservativen und Zentrum, zusammen gegen die Sozialdemokratie bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen vorzugehen. Ursache zu dieser politisch interessanten Parteiverbindung hat die Furcht gegeben, daß die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen die Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium erlangen könnte.

Oberbürgermeister Dernburg?

Die „Berl. Morgenpost" weist darauf hin, daß Oberbürgermeister Kirschner nach Ablauf seiner Wahlperiode aus seinem Amte scheiden wolle und betont, daß man in den Kreisen der Berliner Bürgerschaft allgemein den Wunsch habe, Herrn Dernburg als Oberbürgermeister an der Spitze der Stadt Berlin zu sehen.

Mann kann wirklich neugierig darauf sein, zu welchem Posten Herr Dernburg in der Phantasie übereifriger Zeitungsschreiber noch erkoren wird.

Wieder abgeschüttelt.

Hinter der in Frankfurt a. M. erscheinenden „Süddeutschen Nationalliberalen Korrespondenz" steht als Geldgeber der Freiherr Heyl zu Herrnsheim. Dieses Organ hat die Aufgabe, die nationalliberale Partei nach Möglichkeit zu diskreditieren. Viel ist zwar an dieser Partei nicht mehr in Mißkredit zu bringen, aber einiges kann doch noch verdorben werden. Deshalb haben auch die maßgebenden Kreise innerhalb der nationalliberalen Partei schon mehrmals offen erklärt, daß die Partei mit dieser sich nationalliberal nennenden Korrespondenz nicht das mindeste zu tun habe. Um nun aber nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, als ob das Organ die besonders reaktionären preußischen Nationalliberalen zu vertreten hätte, erklärt der Abg. Dr. Friedberg für den geschäftsführenden Ausschuß der Partei, daß die „Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz" ein reines Privatunternehmen darstelle, von dem es überhaupt nicht feststehe, ob es von nationalliberalen Männern redigiert oder herausgegeben werde.

Herr Dr. Friedberg scheint demnach den Freiherrn v. Heyl nicht mehr zu den Nationalliberalen zu zählen.

Belgien.

Gegen Wilhelm II. Unsere Parteigenossen in Brüssel haben beschlossen, anläßlich des Besuches Wilhelms II. ein Protestmeeting abzuhalten. In dem Meeting soll dem deutschen Volke die Sympathie des belgischen Volkes bezeugt werden, aber diese Sympathie sei unvereinbar mit der Huldigung für einen absolutistischen Kaiser, um dessentwillen so zahlreiche Parteigenossen in deutschen Gefängnissen wegen angeblicher Majestätsbeleidigung schmachten müßten.

Frankreich.

Nach dem Eisenbahnerstreik. Die Ausschüsse des nationalen Eisenbahnersyndikats und des Verbandes der Lokomotivführer und Heizer nahmen eine Beschlußantrag an, in dem erklärt wird, daß sie in keiner Weise für die vorkommenden Fälle von Eisenbahn-Sabotage, die sie entschieden mißbilligten, verantwortlich gemacht werden könnten.

Portugal.

Die neue Regierung. Das Amtsblatt veröffentlicht Dekrete über die Abschaffung aller Ausnahmegesetze, u. a. des Anarchistengesetzes und des Gesetzes zur Unterdrückung der Preßfreiheit. Der Minister des Innern, Almeida, will, auf zahlreiche Republikaner gestützt, einige Verordnungen erlassen, die gewissen Forderungen der sozialistischen Partei entsprechen. Die Prälaten haben sich sämtlich der Republik angeschlossen. Den Soldaten, die für die Revolution eingetreten sind, wird als Belohnung unter anderem ein viermonatiger Heimaturlaub unter Fortbezug des Soldes bewilligt. Truppenkontingente aus den Provinzen werden die Urlauber ersetzen.

Persien.

Neue Unruhen in Südpersien. Sichere Nachrichten berichten, daß in Bender Abbas am Persischen Golf ernste Unruhen ausgebrochen sind. Die Stadt soll teilweise geplündert worden sein. Die Umgegend von Schiras sollen Kaschgais brandschatzen. Ihr Führer Solet ed Daule stehe mit seinen Verbündeten in Abade in der Mitte des Weges zwischen Schiras und Ispahan. Er bedrohe Buschir, dessen Gouverneur nach Bender Abbas geeilt ist.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 22. Oktober.

Wegen angeblicher Beleidigung des Lehrers Kähler in Fackenburg verurteilte das Schöffengericht am 20. September den Genossen Löwigt als verantwortlichen Redakteur des „Lübecker Volksboten" zu 100 Mk. Geldstrafe, obwohl der Beweis der Wahrheit für die in dem betr. Artikel unseres Blattes aufgestellten Behauptungen auch nach Meinung des Gerichts erbracht war. Gegen dieses an sich schon ganz unverständliche Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, die heute vor der Strafkammer zur Verhandlung kam. Wie Herr Staatsanwalt Dr. Benda darlegte, war die Berufung nur deswegen eingelegt, weil das Schöffengericht vergessen hatte, auf Publikationsbefugnis des Urteils zu erkennen. Ein entsprechender Antrag wurde vom Staatsanwalt denn auch in seinem Plädoyer gestellt und das Urteil des Schöffengerichts von der Strafkammer dahin abgeändert, daß der Angeklagte 100 Mk. Geldstrafe zu bezahlen hat und der Urteilstenor im „Volksboten" und „General-Anzeiger" zu veröffentlichen ist. Die Kosten des Verfahrens des Landgerichts hat — sonderbarerweise — der Angeklagte zu tragen. Als Verteidiger des Genossen Löwigt fungierte wieder Rechtsanwalt Dr. Herz-Altona.

Volkszählung am 1. Dezember. Die nach Anordnung des Bundesrates am 1. Dezember ds. Js. stattfindende Volkszählung dient wichtigen staatlichen und wissenschaftlichen Zwecken; denn sie soll neue Grundlagen für die Verwaltung des Reichs und unseres Gemeinwesens sowie für zahlreiche gemeinnützige Einrichtungen schaffen und zugleich die Wissenschaft instand setzen, die statistisch erfaßbaren Veränderungen in unserem Staats- und Wirtschaftsleben, erfreuliche wie unerfreuliche, klar zu erkennen und zum Nutzen des Gemeinwesens zum Ausdruck zu bringen. Man darf deshalb erwarten, daß alle die von ihnen gewünschten Angaben genau und vollständig machen und die mit der Ausführung der Zählung beauftragten ehrenamtlichen Zähler nach Kräften unterstützen. Zur Beruhigung ängstlicher Gemüter sei ausdrücklich hervorgehoben, daß die bei der Zählung gewonnenen Nachrichten geheim zu halten sind und nur zu statistischen Arbeiten verwendet werden dürfen, daß also weder das Steuerbureau noch das Polizeiamt noch eine andere Behörde Einblick in sie erhalten.

b. **Von griechischer Plastik.** Der zweite Vortrag des Herrn Rat Dr. Linde führte die Hörer wieder ein Stück weiter in die griechische Kunstgeschichte ein. Nach einem Überblick auf die mykenische Zeit und das griechische Mittelalter (12.—6. Jahrh. v. Chr.), einer Zeit, in der rauhe und lange Kriege geführt wurden, und in der von Bildhauerkunst nicht viel bemerkt wurde, hob der Vortragende die Gründe hervor, warum die Bildhauerei bei den Hellenen erst so spät hervortrat, trotzdem die dorischen und ionischen Städte, der Osten und Westen des Landes schon längst Pflanzstätten in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung waren. Das liegt jedoch im Wesen der Bildhauerkunst, die die letzte der geborenen Künste darstellt. Technik, Handel und Geistesarbeit mußten erst den Boden schaffen, die Götter im Volksgeist erst Gestalt angenommen haben und die Einbildungskraft der Griechen befruchten. Homer sah im Griechenvolk, das sich aus vielen kleinen Stadtstaaten zusammensetzte, ein Zusammengehöriges, Homer ist es auch gewesen, der die Bildhauerkunst befruchtete; was der Dichter einst in seiner Phantasie erschaut, wurde später ins Körperliche übersetzt. Die Malerei kannte die Schwierigkeiten nicht, die der plastischen Kunst entgegenstanden; freilich waren die älteren Völker, die Babylonier, Assyrer und Ägypter auch Meister der Technik, aber kein Volk des Orients konnte sich in der plastischen Kunst so aufschwingen und Leben erwecken, wie die Hellenen. Die Ausbildung der männlichen und weiblichen Statuen der Griechen zeigt eine organische Entwicklung von den primitivsten Anfängen bis zur höchsten Vollendung. Die erste Periode

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 248. Sonnabend, den 22. Oktober 1910. 17. Jahrg.

Das Ende des französischen Eisenbahnerstreiks.

Der Telegraph hat es bereits in alle Welt hinausgetragen: Der Streik der französischen Eisenbahner ist zu Ende.

Montag abend wurden in Paris neun Versammlungen abgehalten. Nach den Versammlungen trat das Streikkomitee zusammen und beschloß einstimmig, den Streik für beendigt zu erklären. Die Gründe, die das Streikkomitee zu diesem Beschlusse bewogen haben, sollen in einem Manifest bekanntgegeben werden.

Ohne uns endgültig über die Ursachen des Mißlingens des Streiks zu äußern und ohne zu dem Beschluß Stellung zu nehmen, können wir doch aus den Vorgängen selbst einige Lehren ziehen, denn auch hier sind die Tatsachen der größte Lehrmeister. Rekapitulieren wir kurz die Ereignisse.

Vor 1½ Jahren beschloß der Kongreß des Eisenbahnerverbandes, in eine allgemeine Lohnbewegung einzutreten. Nach den mißlungenen Streiks von 1891 und 1898 war man sich bewußt, daß mit der größten Vorsicht operiert werden mußte. Der Verband zählte damals 50 000 Mitglieder. Neben diesem gab es noch zwei andere Verbände mit etwa 25 000 Mitgliedern. Diesen 75 000 organisierten standen 225 000 unorganisierte Eisenbahner gegenüber. Ganz richtig wurde zunächst eine Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder entfaltet, die jedoch durch innere Streitigkeiten zwischen Revolutionären und Reformisten behindert wurde, Streitigkeiten, die in diesem Frühjahr mit der Demission des langjährigen, erfahrenen und gemäßigten Sekretärs des Verbandes, Guerard, ein vorläufiges Ende fanden. Im Frühjahr 1910 wurde auch mit dem außerhalb der Konföderation der Gewerkschaften stehenden Verbande der Lokomotivführer und Heizer ein Kartellverhältnis eingegangen, ein Schutz- und Trutzbündnis für Lohnkämpfe. Die fortwährende Agitation hatte ihre Früchte getragen. Vor Ausbruch des Streiks zählten die zwei koalierten Verbände etwa 115 000 Mitglieder, ohne die im Verbande der Kleinbahnbediensteten Organisierten zu rechnen. Die Beiträge waren allerdings sehr minimal, 80 Pfg. vierteljährlich, wovon 36 Pfg. in die Hauptkasse fließen. Der Kampffonds war demnach nur gering, etwa 80 000 Frcs., im Eisenbahnenverband.

Im Mai d. Js. wurden die ersten Schritte zur Durchsetzung der Lohnbewegung unternommen. Die Eisenbahndirektionen wurden brieflich um eine Zusammenkunft gebeten, zur Unterbreitung der Lohnforderungen. Zugleich wurde der Ministerpräsident ersucht, den Vorsitz bei den Verhandlungen zu übernehmen. Dieses Ersuchen wurde seitdem zweimal mit dem gleichen negativen Erfolge wiederholt: die Eisenbahndirektionen antworteten nicht einmal.

Mit den Fortschritten der Agitation begannen auch die Maßregelungen zuzunehmen. Strafen, Versetzungen, Entlassungen der gewerkschaftlich tätigen Eisenbahner waren an der Tagesordnung. Darunter zeichneten sich besonders die Nord- und die staatliche Westbahn aus. Im Frühjahr kam es anläßlich der Maßregelung eines Gewerkschaftlers zu einem unglücklich verlaufenen Streik der Südbahnangestellten. Im Sommer kam es zu zwei Teilstreiks auf der Nordbahn und zu einem Teilstreik auf der staatlichen Westbahn. Es gelang der Zentralleitung jedoch, diese drei Streiks zum Stehen zu bringen. Freilich ging es dabei nicht ohne inneren Zwist ab, weil die revolutionären Elemente jede Gelegenheit zur Erklärung des Generalstreiks benützen wollten.

Schließlich ward man sich darüber einig, den Streik zu vertagen, bis alle friedlichen Mittel erschöpft waren. Vor zwei Wochen wurde nochmals eine Delegation zum Ministerpräsidenten geschickt. Es wurde ein Einvernehmen über die Modalitäten der zu pflegenden Verhandlungen getroffen. Da brach am Sonntag, 9. Oktober, ein Teilstreik auf der Nordbahn unter den Pariser Kohlenladern und Werkstättenarbeitern aus. Als Soldaten zur Ersetzung der Streikenden geschickt wurden, legte der größte Teil des übrigen Pariser Personals der Nordbahn gleichfalls die Arbeit nieder. Der Verbandsausschuß der Nordbahn erklärte darauf den allgemeinen Streik auf allen Linien der Nordbahn. Die Streikerklärung wurde mit der Militarisierung der Streikenden und der Entlassung des Vorsitzenden des Verbandes der Lokomotivführer beantwortet. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch beschloß darauf das geheime Streikkomitee den Generalstreik auf allen Eisenbahnlinien. Während dieser Vorgänge war der Generalsekretär des Eisenbahnerverbandes, Bidegarrey, abwesend. Er wurde nicht einmal von den Vorgängen verständigt. Das hat allerdings nicht gehindert, daß er bei seiner Rückkehr am Donnerstag verhaftet wurde.

Ein Generalstreik ist aber leichter erklärt, als durchgeführt. Es war ursprünglich beschlossen gewesen, die Generalstreiksorder, nachdem alle friedlichen Mittel erschöpft worden seien, vorher durch Vertrauensleute des Fahrpersonals zu verteilen, so daß der Generalstreik zur bestimmten Stunde auf allen Linien in Kraft treten könnte. Diese Maßnahmen waren ebenso wie das Streikkomitee „geheim", was allerdings nicht hinderte, daß die Regierung darüber auf dem Laufenden war. Die erste Maßregel der Regierung und der Eisenbahngesellschaften war daher, die Mitglieder des „geheimen" Streikkomitees und die Vertrauensleute zu entlassen und zur größeren Sicherheit hinter Schloß und Riegel setzen zu lassen. Der Generalstreik war wohl erklärt, aber der Organisationsplan war über den Haufen gerannt. Wohl griff die Partei, an die man sich um Hilfe wandte, tatkräftig ein, wohl wurde alles versucht, um den Streik zu organisieren. Auch die Hilfe der organisierten Arbeiterklasse mangelte nicht; innerhalb vier Tagen wurden über 10 000 Fr. gesammelt. Aber die Eisenbahner hatten es mit der organisierten Staatsgewalt zu tun, geleitet von einem Manne, dem die jahrzehntelange Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und der Übergang zum Feinde die nötige Kenntnis und Skrupellosigkeit verliehen hat, um unter Verachtung von Recht und Gesetz die Bewegung zu erdrücken.

Die „Humanite" hat dieser Tage Erinnerungen aus dem Streik von 1898 aufgetischt. Es wurde damals ein Vigilanzkomitee aus allen sozialistischen Vereinigungen gebildet. Diesem Komitee gehörten u. a. die damaligen Genossen Briand, Millerand und Viviani an. Diese Leute kannten so gut wie die Eisenbahner selbst die schwachen Punkte der Organisation.

Die folgenden Ereignisse sind bekannt. Das Abfangen der im Automobil ins Land geschickten Emissäre, die „Entdeckung" von Attentaten durch die Polizei, die in einem von Herrn Briand entdeckten „Komplott" gipfelten. Die schmachvolle Justizaktion gegen friedlich Streikende. Montag abend wohnten wir einer Eisenbahnerversammlung der Paris-Mittelmeerbahn bei, da, wo die Arbeitsaufnahme am stärksten war. Was uns vor allem frappierte, das war die geradezu unheimliche Ruhe der Redner und der Versammlung. Kein einziges scharfes Wort fiel gegen die ungeheuerlichen Maßnahmen der Regierung, nur hier und da ein bitteres Wort gegen die, die zur Arbeit zurückgekehrt sind. Und gegen diese geradezu mustergültig ruhigen Streikenden, wie wir sie in Frankreich noch nie gesehen haben, wurden alle Gewalten der Einschüchterung, der Pression und der Willkür losgelassen. Stand da ein Streikender vor Gericht unter der Anklage des unerlaubten Tragens verbotener Waffen. Der Mann hatte einen — Pfropfenzieher in der Tasche. Dazu kam die organisierte Lügenhetze der Presse, die sich in ihrer Gemeinheit übertraf, das ständige Fehlen einer Verbindung zwischen den Gliedern der Organisation. Eigene Nachrichten fehlten größtenteils, oder trafen nur mit erheblicher Verspätung ein und die Presse wußte nur von dem normalen Eisenbahnverkehr, von Verhaftungen, Verurteilungen, Maßregelungen, Attentaten, Wiederaufnahme der Arbeit usw. zu berichten. So kam das Ende.

Und doch: hätten sich die Eisenbahner nicht von der Regierung überrumpeln lassen, den Schwindeleien der Presse etwas weniger Glauben geschenkt, wäre es gelungen, den Streik in der Stärke, wie er Sonnabend und Sonntag bestand — Sonnabend, als Briand die va banque-Erklärung abgab, daß der Streik beendigt sei, hatte er tatsächlich seinen Höhepunkt erreicht — wäre es gelungen, ihn noch 48 Stunden in der gleichen Ausdehnung zu halten, der Sieg der Eisenbahner wäre gesichert gewesen. Über die Lehren, die aus dem Streik zu ziehen sind, ein anderes Mal.

Verrückte Wirtschaft.

Junker und Scharfmacher ergehen sich zurzeit in Exzessen des Arbeiterhasses. Das sind Vorspiele für die nächsten wirtschaftlichen Kämpfe! In ihrer unersättlichen Habsucht streben die Agrarier nach Erhöhung bestehender und Einführung neuer Zölle auf Lebensmittel. Und auch die industriellen Großunternehmer drängen auf Verstärkung der Zollmauern. Die Verwirklichung solcher Pläne muß die Lebenshaltung weiter verteuern, das Preisniveau aller Waren erneut in die Höhe treiben. Die weitere Folge davon ist bei der Arbeiterschaft ein verschärfter Anreiz, die Verteuerung durch Einkommenserhöhung auszugleichen. Den Zwang dazu verstärkt die Einführung neuer Steuern, die der Moloch Militarismus notwendig macht und die, wie immer, auf die werktätige Bevölkerung abgewälzt werden sollen. Da heißt es nun für die Zollwucherer und Freunde indirekter Steuern, die Arbeiterschaft schärfer zu knebeln, damit sie sich gegen die Anschläge auf ihr materielles Wohl nicht wehren kann. Einengung des Koalitionsrechts soll den Gewerkschaftlern den wirtschaftlichen Kampf erschweren, damit die Last neuer Steuern und Zölle auf den Arbeiterschultern ruhen bleibt. Daher ist es angebracht, auf die Widersinnigkeit der Schutzzöllnerei hinzuweisen. Das besorgt aus anderen Motiven die Verwaltung der Laurahütte. In ihrem letzten Geschäftsbericht verlangt sie Staatshilfe gegen die ruinös wirkende Schutzzollpolitik. Die Zöllnerei in Deutschland hat selbstverständlich auch unsere Nachbarn veranlaßt, sich derselben Praxis zuzuwenden. Erhöhen wir unsere Zollmauern gegen die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, erschweren die betroffenen Länder die Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse. So ging und geht das Spiel auf der ganzen Linie; die Staaten bewegen sich im Zirkeltanz, hemmen gegenseitig ihre ökonomische Entwickelung. Und die oberschlesische Montanindustrie muß auch für die landwirtschaftlichen Zölle und Grenzsperre gegen Rußland büßen und sie verlangt dafür vom Staat Tarifvergünstigungen. Eine Liebesgabe gegen die andere! Im Geschäftsbericht der Laurahütte liest man:

Regine.

Eine Erzählung aus dem Ries
von Melchior Meyr.

7. Fortsetzung.

Zu der gründlichen Herstellung derselben trugen zwei Umstände bei. Jener Bräuerssohn, dessen Ausspruch den Anlaß zu der verdrießlich endenden Unterredung gegeben hatte, verlobte sich mit der Tochter eines reichen Müllers. Durch diesen schnellen Ruin einer Hoffnung, die sie in dem Mädchen doch zu erwecken gesucht hatte, war die Bäckerin einigermaßen beschämt; sie fürchtete sich vor einer Benutzung des Vorteils von seiten der Getadelten, und als die Verständige mit Absicht schwieg, wußte sie es ihr Dank. Dann aber fand Regine Gelegenheit, den Wünschen der Base doch in gewissem Sinn entgegenzukommen. Sie brauchte ein neues seidenes Halstuch und kaufte sich eins, wie man es auch zu städtischen Kleidern trägt. Neue Schuhe, die sie sich machen ließ, gaben an Zierlichkeit denen einer Bürgermamsell nichts nach. Das Rieser Häubchen legte sie zwar nicht ab — es wär auch schade gewesen, — aber sie kämmte ihre schönen braunen Haare städtisch an den Schläfen herab, wie es damals unter Bauernmädchen noch nicht üblich war. Kurz, sie schaffte sich einen Anzug, wie er jetzt von Töchtern wohlhabender Leute auch auf dem Lande getragen wird, und putzte sich entsprechend heraus. — Die Bäckerin sah das mit Wohlgefallen und lächelte für sich. „Sie bessert sich," dachte sie. „Vielleicht tut sie nach und nach von selber, was sie so eigensinnig abgeschlagen hat. Das ist just die Art solcher Köpfe." Natürlich beschloß sie, das Mädchen auf diesem Wege nicht zu stören, auch nicht durch eine Mahnung, sondern sie gehen zu lassen und zu warten.

So verging das zweite Jahr und ein Stück des dritten, ohne daß etwas Bemerkenswertes vorgefallen wäre. Regine machte Fortschritte in allen Arbeiten, die sie zu treiben hatte, und ihre Schule, wenn sie den Dienst in der Stadt als eine solche ansah, konnte für absolviert gelten. Sie empfand indessen kein Verlangen, nach Hause zu gehen. Das Stadtleben hatte für sie den Reiz einer Gewohnheit, und sie fühlte sich in ihrer Art wohl dabei. Die Genesung ihres Herzens war vollendet; sie konnte auf das verlorene Glück ruhig zurücksehen, mit einer Empfindung des Trostes, der aus ihrem Innersten quoll. Sie war nicht fröhlich, denn dazu hatte sie keinen Grund, und es lag überhaupt nicht in ihrem Wesen; aber in ihrem Ernst genoß sie ein stilles Glück, das man wohlbegründet nennen dürfte. Des Menschen Wille, heißt es, ist sein Himmelreich, und Regine hatte einen Willen. Für jetzt war er freilich nur darauf gerichtet, die übernommenen Pflichten zu tun.

In diesem Gemütszustand empfand sie mehr und mehr das eigentümlich Schöne, man kann sagen, die Poesie des Stadtlebens. Die hohen schönen Häuser und die schmucken Räume darin mit den großen hellen Fenstern, die vielen Leute hohen und niederen Standes, das bunte Gewühl auf der Straße an besonders festlichen Tagen — alles das sprach sie bedeutender und vertraulicher an. Sie fühlte das Heimliche, das es hat, mitten unter so vielen Menschen zu wohnen und rings durch eine Menge von Häusern, durch Mauern und Gräben gedeckt zu sein. Während sie daheim den Himmel wie eine Glocke über sich hatte und nur einige Schritte gehen durfte, um von ihrem Hof aufs Feld zu kommen, sah sie in ihrer Straße von der blauen Wölbung nur ein Stück, und um ins Freie zu gelangen, mußte sie einen langen Weg durch verschiedene Straßen vors Tor machen. Das hatte aber gerade etwas Angenehmes; der Himmel und das Feld, die sie nur selten erblickte, wurden ihr um so wertvoller, und sie teilte ganz die schöne Empfindung, die das Herz des Städters erhebt, wenn er nach arbeitvoller Woche an einem sonnigen Feiertag durch das Tor ins Freie wandert zum Genuß der Natur und zu verjüngender Fröhlichkeit.

Der Briefwechsel mit den Ihrigen wurde nicht sehr lebhaft geführt. Bis jetzt hatte sie ihrer Mutter drei und diese ihr zwei Briefe geschrieben. Kleinigkeiten, die man sich wissen zu lassen wünschte, ließ man sich indes gelegentlich hinauf und hinunter entbieten, und so blieb man doch in hinreichender Verbindung. Eine Zusammenkunft — ein Besuch der Regine zu Hause oder der Mutter in Augsburg — hatte nicht stattgefunden; denn die Eisenbahn existierte damals noch nicht, und eine Tagereise zu machen, einzig nur, um sich zu sehen, ist nicht Bauernart. Zwar hatte die Bäckerfrau die alte Gröningerin in einem freundlichen Schreiben aufgefordert, bei ihr einige Tage zuzubringen, und die Gröningerin hatte von ganzem Herzen dafür gedankt und erwidert: wenn's möglich wäre, so wolle sie sehen. Aber was das zu bedeuten habe, war sowohl der Tochter als der Verwandten klar, und Regine schickte sich darein. Sie wußte, daß es den Ihrigen wohl ging, daß der jüngere Bruder gut hauste und bald Vater eines zweiten Kindes zu werden hoffte, daß der ältere Aussicht hatte, ein Mädchen mit einem Hof zu bekommen — und das war für ihr teilnehmendes Herz genug. Sie, noch nicht volle zwanzig Jahre alt, konnte immerhin noch in Augsburg bleiben und den jetzigen Frieden ihres Stadtlebens genießen.

Im dritten Lenz ihres dortigen Aufenthalts war jedoch etwas im Anzug, das die schöne Unbestimmtheit aufzuheben und so oder so für ihr Leben eine Entscheidung herbeizuführen Miene machte.

Der Bäckermeister hatte einen Freund, Bräuer und Wirt, in dessen Gaststube er das Bier zu sich zu nehmen pflegte, das nebst den kräftigen Mahlzeiten, die seine Frau ihm bereitete, die behagliche Rundung seines Leibes erhielt und leise steigerte. Dieser „Vetter" — wie er genannt wurde, obwohl seine Verwandtschaft sehr entfernt war — besuchte auch den Bäcker zuweilen und hatte, als er die Regine zum erstenmal erblickte, nicht umhin gekonnt, großes Wohlgefallen an ihr zu finden. Er war ebenso stark wie der Bäcker, aber noch strotzender, derbröter und von ungleich größerem Selbstgefühl; wenn er abends im Kreis der Freunde saß, war es schwer zu sagen, ob mehr das Bier oder das Vergnügen an seiner eigenen Person aus den Augen jenen grellen Funkenglanz warf, der ihn auszeichnete. Sein ganzes Wesen kündigte einen Mann an, der hauptsächlich auf seine Genugtuung bedacht ist, mit andern wenig Umstände macht und von dem Verdruß, den ein etwa Verletzter äußern mag, sich durchaus nicht anfechten läßt. Als dieser Ehrenmann das Mädchen wiederholt gesehen und sie durch scherzhafte Anreden nach seiner Manier vertraut gemacht zu haben glaubte, wollte er eines Abends, wo er sie allein in der Stube traf, zutraulich werden; Regine wies ihn aber auf eine Art ab und sah ihn dabei mit Augen an, daß er trotz aller Schußfestigkeit, welche eine solide Rundung zu gewähren pflegt, doch betroffen war und mit einiger Verlegenheit erklärte, es wäre nicht so bös gemeint gewesen. Nachdem er geraume Zeit sie wenig zu beachten geschienen, nahm er endlich einen andern Ton an — den der väterlichen Protektion; er zeigte eine Teilnahme, die für das Mädchen auch durchaus nichts Wohltuendes hatte, die sie aber doch als nichtsbedeutend unbeachtet lassen konnte. Indem sie ihn reden ließ, meinte sie endlich, daß sie von ihm ebenso wenig etwas zu befahren habe, wie er von ihr.

(Fortsetzung folgt.)

„Im Absatz eingeengt durch die einstweilen noch unübersteigbaren österreichischen und russischen Zollmauern, dazu gezwungen, infolge allmählicher Erschöpfung des heimischen Vorkommens, sich die benötigten Erze auf weite Entfernungen zu beschaffen, kann die Oberschlesische Eisen- und Stahlindustrie, deren Weiterbestand auch aus wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rücksichten eine zwingende Notwendigkeit ist, immerhin nur bis zu einem gewissen Grade sich auf ihre eigene Kraft stützen. Darüber hinaus muß aber unseres Erachtens die Hilfe eines Mächtigeren, nämlich der insbesondere durch ihre Eisenbahntarife dazu befähigten Staatsregierung einsetzen, um eine alteingesessene Industrie lebensfähig, blühende deutsche Gemeinwesen steuerkräftig und ein gewaltiges Heer von bewährten treuen Arbeitern erwerbs- und damit auch steuerkräftig zu erhalten. Die Erkenntnis, daß in dieser Hinsicht unbedingt etwas geschehen muß, hat die Eisenindustrie Oberschlesiens veranlaßt, am 14. Oktober 1909 dem preußischen Staatsministerium eine ausführliche Denkschrift über die Notlage der oberschlesischen Eisen- und Stahlindustrie zu übermitteln und Vorschläge zu machen, wie unserer Ansicht nach die Staatsregierung in der Lage wäre, in wirksamer Weise für eine Beseitigung der schlimmsten Schäden zu sorgen. Wir dürfen wohl auch hier der Hoffnung Raum geben, daß dieser Schritt, zu dem wir uns nur unter dem harten Zwange der Verhältnisse entschlossen haben, von Erfolg begleitet sein wird, umsomehr, als vor kurzem dem gleichfalls schwer um seine wirtschaftliche Existenz ringenden Industriebezirk an Sieg, Lahn und Dill wertvolle Tarifvergünstigungen zuteil geworden sind."

Jetzt betteln die Industriellen um Unterstützung und zu der Neuordnung der Handelsverträge rüsten sie auf weitere Erhöhung der Zollmauern, die natürlich auch wieder Repressalien der anderen Länder gegen Deutschland im Gefolge haben würde. Diese Entwickelung der Dinge sollten sich besonders die Arbeiter merken. Sie für die Zöllnerei einzufangen unter der falschen Flagge „Schutz der nationalen Arbeit", ist der Land- und Schlotfeudalen heißes Bemühen. Daß die Zollpolitik den Arbeitern aber Ruten bindet, sehen sie recht drastisch am vorstehenden Beispiel. Die Arbeitsgelegenheit wird eingeschränkt, die Mehrbelastung durch Zölle wirkt scharf lohndrückend und obendrein steigert die Zollpolitik die antisoziale, die scharfmacherische Strömung.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen im Lithographengewerbe. In den Berlin-Neuroder Kunstanstalten, Abteilung Neurode, verlangten die Lithographen, Steindrucker und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen eine Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhungen. Nachdem mit der Direktion und der gemeinsamen örtlichen Kommission eine Einigung nicht erzielt wurde, traten die Zentralleitungen der beiden in Betracht kommenden Verbände mit der Generaldirektion in Unterhandlung. Es wurde nach längeren Verhandlungen ein Tarif auf 4 Jahre abgeschlossen, mit der Maßgabe, daß nach Verlauf von 3 Jahren die Löhne einer Nachprüfung unterzogen werden müssen. Die Arbeitszeit wurde auf 8 Stunden für Lithographen, früher 8¼ Stunden und für Steindrucker auf 9 Stunden, früher 9¼ Stunden, verkürzt. Bei dem übrigen gesamten Personal wurde die Arbeitszeit von 9½ auf 9¼ Stunden pro Tag verkürzt. Die Feiertage werden bezahlt, ebenso für Überstunden 25 und 50 Prozent. Für Lithographen und Steindrucker wurden Mindestlöhne im ersten Gehilfenjahr auf 18 Mk., und im zweiten Gehilfenjahr auf 21 Mk. festgesetzt. — Bei den Steindruckerei-Hilfsarbeitern und -Arbeiterinnen, wie auch bei einigen Lithographen und Steindruckern erfolgten außerdem Lohnzulagen. Die Verkürzung der Arbeitszeit kommt über 400 Personen zugute. In Bittigheim-Württemberg, Linoleum-Werke, reichten wegen verschiedener Mißstände die Drucker ihre Kündigung ein. Zuzug ist fernzuhalten.

Der Streik der Gasarbeiter in Hildesheim ist beendet. Nachdem sich in den ersten Tagen des Ausstandes eine große Anzahl Arbeitswilliger von Hannover, Osnabrück, Hamburg und Essen der Gaswerksverwaltung zur Verfügung gestellt hatten, mußten die Ausständigen den Streik als beendet erklären. Der Magistrat hatte keine Mittel gescheut, um die streikenden Arbeiter zur Unterwerfung zu zwingen. Rund dreimal soviel Leute, als sonst beschäftigt, waren im Gaswerke tätig, um Rausreißerdienste zu leisten. Hierzu kam, daß sich auch organisierte Arbeiter, im besonderen solche der christlichen Organisation, fanden, um ihren Mitkollegen in den Rücken zu fallen. Der Magistrat ließ nur eine verschwindend geringe Zahl der früher Beschäftigten wieder einstellen. Die Rache des Siegers! Dauernd wird der Magistrat sich dieses Sieges wohl nicht freuen. Dafür wird schon die Organisation Sorge tragen.

Vom Streik der Stettiner Seeleute wird berichtet: Die im Freihafen auf dem Streikbrecherschiff „Siegfried" einquartierten Arbeitswilligen nehmen sich im Stettiner Hafengebiet „Freiheiten" heraus, die andere Sterbliche, wenn sie nicht gerade auch Streikbrecher sind oder von hochstehenden Eltern kommen, sofort hinter Schloß und Riegel bringen würden. Am Sonnabend besuchte diese Streikbrechergesellschaft eine der Ausschankbuden im Freihafengebiet und hauste darin derartig, daß die Einrichtung der Schankbude zertrümmert wurde und dem Wirt großer Schaden widerfuhr. Am Sonnabend statteten einige Helden dem Dampfer „Claus" einen Besuch ab, über den der Kapitän des Dampfers sicherlich nicht erbaut ist. Denn als die ungebetenen Gäste wieder verschwunden waren, war auch die Tür seiner Kajüte aufgebrochen; seine Zigarren waren von anderen geraucht und seine Liköre hatten ebenfalls fremde Liebhaber gefunden. Und damit nicht genug, war auch sein dort aufbewahrtes rundes Geld in andere Hände gerollt. Die bürgerliche Presse hat bezeichnenderweise von diesen Vorgängen nichts zu berichten. Auch die Hafenpolizei scheint den Streikbrechern nicht sonderlich auf die Finger zu passen, sonst könnten derartige Ereignisse sich nicht in fast völliger Öffentlichkeit abspielen. Aber zu ihrer Entschuldigung sei gesagt, daß die Hafenpolizei mit einer anderen Arbeit überhäuft ist. Sie hat nämlich die Aufgabe, das Streikpostenstehen zu verhindern! Auf dem Dampfer „Wolga" wollten dieser Tage 3 bis 4 Mann das Schiff verlassen, wurden aber festgehalten. Die Abmusterung wurde verweigert, weil die Leute während des Streiks eine achtwöchentliche Kündigung hätten. Tatsächlich sieht die in englischer Sprache geschriebene Anmusterungsrolle auch während dieser Zeit eine achtwöchentliche Kündigung vor, bestimmt aber auch gleichzeitig, daß mit Beendigung des Streiks die Kündigungsfrist nur noch 24 Stunden beträgt. Dieser Passus war den des Englischen nicht mächtigen Leuten nicht übersetzt worden. Nun ist es gar nicht geziemlich zulässig, während der Dauer eines Arbeitsverhältnisses die Kündigungsfrist zu verändern durch Maßnahmen, auf die der betreffende Arbeiter ohne jeden Einfluß ist und denen er sich auch nicht entziehen könnte. Aber was schert man sich hier um Gesetze!

Der Gemeindevorsteher als Streikposten. In der gegenwärtigen Zeit der Scharfmacherhetze, die die Arbeiterbewegung unter ein Zuchthausgesetz stellen und die Streikposten als schwere Verbrecher behandelt sehen möchte, ist die folgende kleine Episode von besonderem Interesse: In dem kleinen aber industriereichen Dorfe Glasbach bei Mellenbach im Schwarzatal befanden sich letzten Sommer die Holzarbeiter im Streik. Auch der Ortsvorsteher, der als solcher jährlich 140 Mk. als Entschädigung für seine Mühe erhält, streikte mit, und beteiligte sich auch, wenn er an die Reihe kam, mit am Streikpostenstehen. Dafür wurde er in ein hochnotpeinliches Verfahren verwickelt, das mit folgender Verfügung des schwarzburg-rudolstädtischen Landratsamtes seinen Abschluß fand:

An Herrn Schultheiß L. in Glasbach!

Unter Bezugnahme auf die am 27. Juni 1910 hier mit Ihnen gepflogene Verhandlung teile ich Ihnen mit, daß das Fürstliche Ministerium mit Rücksicht auf die in Glasbach bestehenden eigenartigen Verhältnisse davon absieht, Sie wegen Ihrer Beteiligung am Streikpostenstehen Ihres Amtes als Gemeindevorstand zu entheben. Ihr Verhalten stellt sich aber als eine Ordnungswidrigkeit dar, durch die Sie die Ihnen als Schultheiß und insbesondere auch als Verwalter der Polizeigewalt obliegenden Pflichten so gröblich verletzt haben, daß es nicht ungeahndet bleiben kann. Sie werden deshalb hiermit auf Grund des Artikels 163 der Gemeindeverordnung vom 9. Juni 1876 in eine Ordnungsstrafe von 20 Mark genommen, welche bei Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung innerhalb 14 Tagen an die Sportelkasse des Landratsamtes zu zahlen ist.

Königssee, den 29. September 1910.

Der Fürstliche Landrat
Dr. Knauth.

Die „Rücksicht auf die in Glasbach bestehenden eigenartigen Verhältnisse" besteht darin, daß der Herr Landrat keinen anderen geeigneten Ortsvorsteher gefunden hat.

Eisenbahnerstreik in Egypten. Aus Kairo meldet Wolffs Bureau: Eine große Anzahl Angestellter des Netzes aller Regierungsbahnen in Ober-Egypten sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen höhere Löhne und lassen die Züge nicht weiter fahren. Der Ausstand dehnte sich auch auf die Werkstätten der Bahnlinie Bulack-Kairo und zum Teil auch auf Unter-Egypten aus. Egyptische Truppen bewachen die Eisenbahnwerkstätten von Bulack. Unter dem Eisenbahnpersonal herrscht große Erregung. Die Polizei wurde mit einem Hagel von Steinen empfangen. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß, bei dem viele Verwundungen vorkamen. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Polizei zerstreute die Ruhestörer. Die Ausständigen erheben auch gegen Einziehung von Strafgeldern Widerspruch.

Radbodprozeß.

2. Verhandlungstag.

In der Vormittagssitzung am Donnerstag muß der Berginspektor Hollender auf Vorhalten des Vorsitzenden zugeben, daß die von Wilhelm Thomas gegebene Darstellung über die Situation bei Abbruch der Rettungsarbeiten mit dem von ihm später aufgenommenen objektiven Bestand nicht im Widerspruch steht. Aufsehen macht die Erklärung des Zeugen Thomas, daß er seinerzeit nach seiner eidlichen Aussage vor dem Berginspektor Hollender über diese Sache von der Zeche entlassen worden ist.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine-Berlin betont, daß nach dieser Vernehmung damals die Versuche begonnen haben, den Zeugen Wilhelm Thomas meineidig zu machen. Der Berginspektor, der für die Grube mit verantwortlich ist, aber in der glücklichen Lage ist, nicht nur als Sachverständiger, sondern auch als Zeuge in dem gegenwärtigen Prozeß vernommen zu werden, muß weiter zugeben, daß es unmöglich sei, alle Zechen seines Reviers bezw. alle Betriebspunkte zu kontrollieren. Dazu reichen seine Kräfte und seine Zeit nicht aus. Andere Zeugen sagen aus, daß sie den Berginspektor vor gefährlichen Betriebspunkten nie gesehen haben. Sachverständiger Hansmann stellt fest, daß sich das mit der allgemeinen Auffassung unter den Bergarbeitern decke, wonach die Inspektion an gefährliche Punkte nicht hinkomme. Eine Reihe von Zeugen bekunden rigorose Lohnreduzierungen, die ein vorschriftsmäßiges Verbauen nicht ermöglichen.

Als in der Nachmittagssitzung, die wieder bis 8 Uhr dauerte, ein Steiger das Vorhandensein von Schlagwettern bestreitet, auch nichts davon wissen will, das ihm vorgehalten wird, daß selbst der Berginspektor das Vorhandensein von Schlagwettern bestätigt hat, beantragt der Verteidiger die Herbeischaffung von Wetterbüchern. Dem Antrage wird seitens des Gerichts entsprochen. Der Vorsitzende muß wiederholt die Versuche des Nebenklägers Andree zurückweisen, verschiedene Zeugen in dreister Weise gegeneinander in Widerspruch zu setzen.

Der dritte Verhandlungstag ist im wesentlichen ausgefüllt mit der wiederholten Vernehmung des verantwortlichen Betriebsführers der Zeche Radbod, Berg, der Anhörung einiger Sachverständiger, Auslegung der Bergpolizeiverordnung betreffend die Wetterkontrolle, ferner mit der Vernehmung einer ganzen Reihe von Zechenzeugen. Der Betriebsführer Berg verhielt sich bei seiner Vernehmung sehr zurückhaltend, es sei immer Wasser dagewesen, Holz sei dagewesen, von Wettern habe er nur einmal etwas gehört, aber keine vorgefunden. Um die Gedinge habe er sich nicht gekümmert; eine ganze Anzahl Rieselmeister, die noch im Dienste der Zeche sind, sagen übereinstimmend aus, daß mit ganz geringen Unterbrechungen stets Wasser in Menge vorhanden gewesen sei. Der vom Gericht geladene Sachverständige, Oberbergrat Hollender, erklärt, daß solche Wetter, die durch die Benzingrubenlampen wahrzunehmen sind, in die Wetterbücher eingetragen werden müssen. Ferner müsse vermerkt werden, was geschehen sei, um die Schlagwetter zu beseitigen. Rechtsanwalt Heine stellt aus den Wetterbüchern fest, daß 33 Tage vor dem Unglück hintereinander in den Wetterbüchern steht „Alles frei". Er stellt ferner fest, daß durch die Zeugenvernehmungen erwiesen ist, daß dennoch in jener Zeit täglich Schlagwetter nachgewiesen worden sind. Die übrigen Sachverständigen schließen sich der Auffassung des Grubensachverständigen vollinhaltlich an.

Der Prozeß wird voraussichtlich bis in die nächste Woche hineinreichen.

Aus Nah und Fern.

Millionen-Unterschlagungen eines Buchhändlers. Aus Berlin wird berichtet: Der nach Unterschlagung von etwa 800 000 Mark flüchtig gewordene 31jährige Buchhändler Cyriacus wurde Freitag vormittag an der Machnower Schleuse im Teltow-Kanal als Leiche aufgefunden. Cyriacus war vor einigen Tagen aus der Firma F. Volckmar ausgeschieden. Die Firma teilt zu der Angelegenheit mit, daß Cyriacus durch übermäßige Kreditgewährungen die Bestimmungen seines Associé-Vertrages überschritten und in großem Umfange die Unterschrift der Firma mißbraucht hat. Dem dadurch entstandenen Obligo von etwa 900 000 Mark stehen bedeutende Aktivwerte von allerdings noch nicht festgestellter Güte gegenüber. Berliner Blättern entnehmen wir noch folgende Angaben: Die Firma J. Bachmann, deren Inhaber der Defraudant war, ging vor etwa 1½ Jahren durch Fusion in die bekannte Barsortimentsfirma F. Volckmar-Leipzig über, die eine Zweigniederlassung in der Schützenstraße 29 hat. Durch diese Fusion wurde Cyriacus auch an der Firma F. Volckmar beteiligt. Außer Cyriacus, der verheiratet war und in Schlachtensee in der Waldemarstraße wohnte, ist auch einer seiner Brüder Mitinhaber der Firma Bachmann. Die Unterschlagungen sind gleich von Beginn seiner Tätigkeit in der Firma ausgeführt worden. Bisher war man den großen Veruntreuungen, die fast eine Million Mark erreichen dürften, nicht auf die Spur gekommen. Erst in den letzten Tagen entdeckten Bücherrevisoren, die eine genaue Prüfung der Geschäftsbücher der Firma J. Bachmann vornahmen, die Veruntreuungen, die zum größten Teil durch Wechselschiebungen begangen worden sind. Als Cyriacus merkte, daß sein Treiben entdeckt war, entfernte er sich Sonntag aus dem Geschäft. Er nahm in Berlin ein Zimmer in einem Hotel und machte dort einen Selbstmordversuch, der aber mißlang. Während die anderen Geschäftsteilhaber ihn überall suchten, schrieb er an einen Freund, daß er sich das Leben nehmen werde und daß man seine Leiche am Einsamen Weg bei dem Schwedischen Pavillon in Wannsee finden werde.

Großes Aufsehen erregt in Kassel die Verhaftung des Bergwerksdirektors August Buschmann von der Gewerkschaft „Graf Schwerin". Die Verhaftung erfolgte auf Anordnung der Staatsanwaltschaft zu Hannover, weil B. einen hannoverschen Rechtsanwalt durch Kuxenverkauf geschädigt haben soll.

In der Notwehr den eigenen Sohn erschlagen. In Seligenstadt bei Darmstadt hat Mittwoch abend der 70jährige Arbeiter Gunkel im Streit wegen Familienzwistigkeiten seinen 30jährigen verheirateten Sohn mit einem Beil erschlagen. Gunkel wurde verhaftet; er gibt an, die Tat in der Notwehr verübt zu haben.

Bergmannslos. Auf der Zeche Vonderort in Printrop wurden zwei Bergleute durch Hereinbrechen eines sogenannten Kessels getötet.

Schweres Unglück. Aus Ahlen (Westfalen) wird gemeldet: Auf dem im Abteufen begriffenen Schacht I der Gewerkschaft Westfalen hat sich ein beklagenswerter Unfall ereignet. Aus noch nicht aufgeklärter Ursache ging die Fördermaschine durch, der aufgehende Kübel blieb unter der Seilscheibe hängen; er ging mit großer Geschwindigkeit nieder, erschlug auf der Schachtsohle einen Mann und zerschmetterte einem zweiten den Fuß.

23 000 Mk. unterschlagen. Die Unterschlagungen des Stadtrats Arndt in Pr.-Stargard, der sich, wie berichtet, mit seiner ganzen Familie durch Leuchtgas vergiftete, sind nunmehr auf 23 000 Mk. festgestellt worden.

Der Zentrumsabgeordnete und seine Dienstmagd. Das „Berliner Tageblatt" erzählt: In Funkersdorf in Unterfranken lebt der bayrische Landtagsabgeordnete und frühere langjährige Reichstagsabgeordnete für Neustadt a. d. Saale, Herr Joseph Moritz, Natürlich Zentrum, wie sein Nachfolger im Reichstag, General Häußler. In seinem Junggesellenhaushalt wurde Moritz unterstützt durch eine Dienstmagd. Dreiundzwanzig Jahre diente sie ihm treu und redlich und hatte ein so felsenfestes Vertrauen auf das ihr von ihrem Herrn gegebene Versprechen, er werde sie einmal gut versorgen, daß sie niemals weder Lohn mit ihm ausmachte, noch von ihm forderte. Da fügte es sich, daß sie Gelegenheit fand, einen braven Mann aus einem Nachbardorfe zu heiraten. Sie löste deshalb ihr bisheriges Dienstverhältnis und forderte in geziemender Weise von ihrem Herrn den landesüblichen Lohn, den sie in den 23 Jahren bei ihm hatte anstehen lassen. Der Herr Abgeordnete aber war die langen Jahre her durch das Nichtlohnzahlen so verwöhnt, daß er vermeinte, das müsse so weitergehen. So war denn die arme Magd genötigt, um ihren sauer verdienten Lohn zu prozessieren, bis ihr bisheriger Brotgeber, der nebenbei bemerkt, mit irdischem Gut reichlich gesegnete Zentrumsdeputatus, ihr endlich durch seinen Anwalt für die 23 Jahre die Riesensumme von 1159 Mark, das sind 50 Mark pro Jahr = 96 Pfennig pro Woche oder 13½ Pfg. pro Tag, anbieten ließ, wobei der Anwalt ihr bemerkte, daß sein Mandator das Recht der Verjährung geltend machen werde, wenn sie mit dem Angebot nicht zufrieden sei. Was sollte die Klägerin machen? Um nicht alles einzubüßen, nahm sie die 1150 Mark an, von denen dann noch 158,39 Mk. für die ihr erwachsenen Gerichts- und Anwaltskosten abgingen. — Ein nobler Herr!

Mit 45000 Mark durchgegangen ist zum Schaden einer Berliner Firma der 28 Jahre alte Kaufmann Eugen Dresel aus London. Dresel vertrat eine Berliner Großfirma mit einem Engländer zusammen in London. Nachdem er in London 5000 Mk. aus der Kasse genommen hatte, unterschlug er weitere 40 000 Mk. und suchte das Weite.

Ein vierzehnjähriger Totschläger. Aus Plauen im Vogtland wird gemeldet: Wegen Totschlags, unbefugten Tragens von Waffen und wegen Diebstahls in sechs Fällen wurde der vierzehnjährige Schuhmacherlehrling Seidel aus Schwarzbach vom Landgericht zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis und einer Woche Haft verurteilt. Seidel hatte am 9. August seinen sechzehnjährigen Lehrkameraden John mit einem Revolver erschossen. Soll der Junge im Gefängnis gebessert werden?

Der Professorensohn als Erpresser. Aus Leipzig wird gemeldet: Der verhaftete junge Mann, der an den Inhaber des Weberschen Verlages einen Erpresserbrief nach dem Muster der Brüder Koppius schrieb, hatte sich zunächst der Polizei gegenüber als Friseur ausgegeben. Nunmehr wurde festgestellt, daß es sich um den 18jährigen Sohn eines hochgeachteten Leipziger Professors handelt.

Eine eigenartige Blutvergiftung. An einer Blutvergiftung am Halse, durch den Messingkragenknopf, an dem sich durch Schweiß Grünspan gebildet hatte, ist dieser Tage der Förster Kleitz zu Forsthaus Balzenstrich bei Bärenthal (Kreis Saargemünd) gestorben. Er hatte sich durch das Scheuern des Knopfes eine kleine Wunde zugezogen; es trat Blutvergiftung hinzu, infolgedessen der Hals stark anschwoll. Kleitz starb nach kurzer Zeit.

Vorsicht vor Darlehnsschwindel. In Nürnberg hat ein „Darlehnsvermittler" Zapf einen Arbeiter hineingelegt, der so unvorsichtig war, auf ein Inserat im „Generalanzeiger" zu reagieren. Der Arbeiter benötigte ein Darlehen von 250 Mark. Er mußte zunächst für Mühewaltung, Porto und Schreibgebühren den Betrag von 2,50 Mk. an Zapf bezahlen. Einige Tage später erhielt er von der Firma A. Ringewaldt in Hamburg die Mitteilung, daß er den Betrag von 250 Mk. erhalte. Die Firma teilte mit, daß dem Arbeiter die Anweisung zur Entnahme des Geldes sowie die erforderliche Schuldurkunde unter Anrechnung der Kosten, wie Ausfertigung der Urkunde, Stempelgebühren, notarische Kosten usw. in Höhe von 8,05 Mk. als Postnachnahme zugehe, weil

gesetzlich diese vom Darlehen gekürzt werden dürfen. Es werde um prompte Einlösung ersucht, damit im Interesse des Arbeiters die Auszahlung des Darlehns keine Verzögerung erleidet. Der Arbeiter war leider so unvorsichtig, die Sendung mit 8,05 Mk. Nachnahme einzulösen. In der Sendung war die Schuldurkunde, die der Arbeiter ausfüllte und zurücksandte, und ein Zettel, daß er in einigen Tagen die Anweisung erhalte, den Betrag bei einer Nürnberger Bank, welche noch angegeben wird, zu erheben, enthalten. Seit dieser Zeit sind Monate verstrichen, der Arbeiter erhielt keinen Pfennig Darlehen und auf mehrere eingeschriebene Briefe keine Antwort. Er ist nun 10,55 Mk. los und zirka 1 Mk. für Porto und der Schwindler hat seine Gebühren.

Ein schweres Unglück ereignete sich in Brooklyn. Dort erfolgte in einer großen Fabrik eine Kesselexplosion. Unter den 3000 in der Fabrik beschäftigten Arbeitern entstand eine Panik. Sechs Feuerwehrleute wurden getötet, zwölf Personen schwer verletzt.

Von einem Elefanten getötet. Aus Neuyork wird gemeldet: Einer der Wärter auf Bartells Tierfarm in Jersey City wurde am Mittwoch von einem Elefanten getötet. Bei seinem Eintritt in das Elefantenhaus brach das Tier, das schon vorher Zeichen von Bosheit an den Tag gelegt hatte, in Wut aus. Ehe der Mann entrinnen konnte, schlang ihm der Elefant seinen Rüssel um den Leib und schleuderte ihn mit furchtbarer Gewalt gegen die Wand. Der Wärter fiel bewußtlos nieder und der Elefant trampelte ihn zu Tode.

Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 23. bis 30. Oktober 1910.

Neues Stadt-Theater. Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags: „Der böse Geist Lumpacivagabundus" oder „Das liederliche Kleeblatt". Große Gesangs-Posse von Nestroy. Abends: „Aida". Große Oper von G. Verdi. — Montag, den 24. Oktober: „Das Käthchen von Heilbronn." Romant. Schauspiel von Heinrich von Kleist. — Dienstag, den 25. Oktober: „Das Glöckchen des Eremiten." Komische Oper von Maillart. — Mittwoch, den 26. Oktober: Uraufführung: „Die drei Klingelzüge." Schwank von Ernst Albert. — Donnerstag, 27. Oktober: „Der Freischütz." Romant. Oper von C. M. von Weber. — Freitag, den 28. Oktober: „Don Juan." Große Oper von Mozart. — Sonnabend, den 29. Oktober: „Die Förster-Christl." Operette von Georg Jarno. — Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags: „Der Herr Verteidiger." Groteske von Molnar und Halm. Abends: „Lohengrin." Große Oper von R. Wagner.

In Vorbereitung: „Die Stützen der Gesellschaft." Schauspiel von Henrik Ibsen. Neu: „Madame Butterfly." Oper von Puccini.

Stadthallen-Theater. Sonntag, den 23. Oktober: „Der Skandal." Schauspiel von Henry Bataille. — Freitag, den 28. Oktober: Einmaliges Gesamt-Gastspiel Louise Willig, Kgl. Preuß. Hofschauspielerin, mit Ensemble. „Die Gioconda." Tragödie von Gabriele d'Annunzio.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Freitag, den 21. Oktober.

Lilleborg, Kapt. Raßmussen, von Brahestad in 4½ T.
Nissan, Kapt. Wennerström, von Malmö in 13 St.
Salus, Kapt. Jacobson, von Henön in 14 T.
Eben Ezar, Kapt. Rasmussen, von Burg a. F. in 1 T.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Donnerstag, den 20. Oktober.

D. Aecania, Kapt. Brinkmann, nach Kolding.
D. Motala, Kapt. Gustafson, nach Skellefteå.
D. Pehr Brahe, Kapt. Lindroos, nach Abo.
D. Thor II, Kapt. Jörgensen, nach Nakskov.

Freitag, den 21. Oktober.

Aeolus, Klinteberg, nach Hobro.
D. Rurik, Kapt. Gräslund, nach Westerwik.
D. Luise, Kapt. Stöwhase, nach Memel.
D. Zar, Kapt. Burmeister, nach St. Petersburg.
D. Wiborg, Kapt. Karstedt, nach Wiborg.

Schiffsbewegungen.

D. „Aegir" ist gestern nachmittag von Kotka auf hier abgegangen.

D. „Stadt Lübeck" ist heute früh in Memel angekommen.

D. „Trave" ist heute nachmittag von Kronstadt auf hier abgegangen.

D. „Köln" ist heute nachmittag von hier in Kronstadt angekommen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 21. Oktbr.

1. Qualität	128—131 Mk.
2. „	110—120 „
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	— „
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter	— „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	114—118 „
do. II. do.	105—112 „

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 21. Oktbr.

Auftrieb 2902 Schweine. Markt recht flau. Überstand 25 Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 67,00 bis 68,00 (53,50 bis 54,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 66,00 bis 66,50 (—,— bis 53,00) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 66,00 bis 66,50 (51,50 bis 52,00) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 65,50 bis 66,00 (51,00 bis 51,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,00 bis 65,00 (45,50 bis 49,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 60,00 bis 61,00 (48,00 bis 49,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 53,00 bis 59,00 (41,50 bis 46,00) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

6. Distrikt
und Parteimitglieder vor dem Mühlentor.
Dienstag, den 25. Oktober,
abends 9 Uhr
Versammlung bei Wirt **Brede,**
Cronsforder Allee.
Vortrag des Genossen **Bromme:**
„Die Revolution in Portugal".

Achtung Zimmerer!
Die Komiteesitzung findet **nicht** Montag, sondern **Dienstag** abend statt.

Am 20. Oktober, 11 Uhr abends, starb plötzlich nach kurzem schweren Leiden meine liebe Frau u. meiner Kinder treusorgende Mutter
Sophie Jäger
geb. **Hackmann**
im Alter von 31 Jahren. Schmerzlich vermißt von den Hinterbliebenen.
Carl Jäger jun.
Die Beerdigung findet am Montag, dem 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt. Trauerfeier 2¾ Uhr.

Für bewiesene Teilnahme u. zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines unvergeßlichen Mannes und meiner Kinder guten Vaters
Andreas Travinski
sagen hiermit allen, die uns ihre Teilnahme erwiesen, besonders dem Maschinisten-Verband, sowie Herrn Pastor Harnisch für die trostreichen Worte unsern herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei meines lieben Mannes Begräbnis, spreche ich allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Sozialdemokratischen Verein meinen innigsten Dank aus.
Wilhelmine Weber, geb. Vick und Kinder.

Logis
für 2 Herren oder Damen.
Kl. Burgstraße 29.

2 gut möbl. Zimmer
an 2 junge Leute zu vermieten.
Rosenstraße 1.

Zu sofort oder 1. Oktober **Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen** zu vermieten. Näheres Kottwitzstraße 48, pt., r.

Zwei 2-Stuben-Wohnung u. 3. zu verm. Pr. 180 Mk. Loignystr. 5.

Arbeiterinnen
gesucht
Aug. Schumacher
Ernestinenstraße 3.

Gesucht zu Ostern ein
Malerlehrling.
Gust. Behncke, Malermeister.
Lindenstraße 37.

Praktisch, bequem und preiswert sind unsere

Winter-Paletots

in allen modernen Farben	21	17	14	11	9,00 M.
in Ulster-Formen, grau und dunkel	38	34	27	22	18,00 M.
für Knaben	12	9	7,50	5	3	2,75 M.

Loden-Joppen

gefütterte kräftige Ware	8,50	6	5	4,75 M.
dieselbe für Knaben	6	4,50	3,75	2,50 M.
elegante Falten-Joppen	23	16	12	7,00 M.

Gebr. Landsburger
Holstenstraße 10.
Inhaber: Heinr. Wellmann.

Tücht. Arbeiterinnen
sucht
F. A. Rieck
Vorbekstraße 11.

Ein **Haus** mit 2 Wohnungen u. Werkst. zu sof. oder 1. Januar zu verk. oder zu vermieten.
Brüderstr. 4a.

Bettstelle mit Seegrasmatratze und ein **Kinderwagen,** beides gut erhalten, zu verkaufen.
Attendornstr. 46, pt.

Ein Blockwagen
zu verkaufen. Glandorpstr. 43, II.

Zu verkaufen ein gut erhaltener
Jünglings-Winterpaletot.
Kolk 20.

Zu verkaufen eine
Kinder-Trailenbettstelle.
Bleicherstr. 21, II.

Zu verkaufen ein **eiserner Ofen** auf Räder, passend für Bauofen.
Mittelstr. 23.

Kommode sehr billig zu verkaufen.
Dankwartsgrube 64, Kl.

Eine **Milchziege** und eine junge Ziege zu verkaufen.
Ballastkuhl 3a.

Stelle **Sonnabend und Sonntag** ca. **100 Ferkel** billig zum Verkauf.
Joh. Ahrens, Tremskamp 12.

Sonntagmorgen stehen **Ferkel** billig zum Verkauf.
Gasthof Drei Kronen, Fackenburg.

3 Satz Ferkel
hat zu verkaufen
H. Lange, Mori.

Empfehle meinen
Rasiersalon.
Carl Hesse, Ludwigstr. 5.

Aerztlicher Sonntagsdienst
Sonntag, d. 23. Okt. (v. 1 Uhr ab):
Dr. med. Busch, Geibelplatz 12.
Dr. med. Pée, Königstraße 69.
Dr. med. Ad. Christern, Schw. Allee 4.

Dr. med. Tegtmeyer
Arzt
für physik. u. diätet. Behandl.
(zu allen Kassen als Arzt zugelassen)
Sprechstunden im Winter
8—10, 4—5 Uhr.
Sonntags 8½—9½ Uhr.
Pferdemarkt 5. Fernspr. 2353.

Geschmackv. **Frisur 40** Pfg., a. d. Hause 50 Pfg., Brautfrisur 75 Pfg.
Krähenstraße 6, II.

Damenhüte
werden prompt und billigst
:: **modernisiert.** ::
Anna Füber, Wickedestr. 11a

Wer hier kauft, spart Geld!
Hatte Gelegenheit einen großen Posten hochmod. **Anzüge, Winter-Paletots und Schuhwaren** billig zu kaufen und gebe diese für einen Spottpreis wieder ab.
NB. Besichtigung ohne Kaufzwang.
Beckergrube 24, Laden.

Kunsthonig
hergestellt aus feinsten Zuckerarten und Naturhonig. Kartonpackung Pfd. 40 Pfg.
H. Bülck,
Breitestr. 54. Fernspr. 149.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Zigarren
en gros u. en detail
reelle u. gute Ware
empfiehlt
Heinr. Hagelstein
Königstrasse 85

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Ausschank
empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

Infolge der Kaffee-Teurung
trinkt Malzol
mit praktischen Zugaben.
Bester ärztl. empfohlener Malzkaffee.
überall erhältlich.
Vertr.: **Hans Wilms.**
Fernsprecher 2065.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Distrikt **Stockelsdorf.**

Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, d. 23. Oktober,
nachmittags 4 Uhr,
im Lokale des Herrn Dohse.

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Kollegen **Radden.**
3. Verschiedenes.

Um vollzähliges Erscheinen ersucht
Die Distriktsleitung.

Deutscher Transportarbeiterverband

Sektions-Versammlung
der
Kohlenarbeiter
am Dienstag, 25. Oktober,
abends 8½ Uhr,
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Die Entlöschung der Kohlendampfer.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Kollegen, erscheint zahlreich.
Der Vorstand.

Restaurant „Zur Weintraube".
Hüxstraße 94.
Heute Sonnabend:
ff. Eisbein mit Sauerkraut.
Louis Klein.
Vertr.: **Friedr. Lender.**

Herrnburg.
Sonntag, den 23. Oktober:
Gänse- u. Karpfen-Ausschießen
mit nachfolgendem Ball.
Schliecker.

Verein für Gesundheitspflege.
Sonntag, den 23. Oktober:
Wanderung nach Schlutup
(„Zur Mühle").
Abmarsch **2½ Uhr** von der Endstation der Straßenbahn, Röeckstraße; zurück via Israelsdorf.

Travestrand Moisling.
Heute Sonntag:
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr.
Es ladet ergebenst ein
A. Henkel.

Konzerthaus Heinrichshof
Ratzeburger Allee.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.

Kaffeehaus Moisling.
Sonntag:
Freies Tanzkränzchen.
Montag (am Markttage):
Große Tanzmusik.

Öffentliche politische Versammlung.

Große Volks-Versammlung

am Montag, dem 24. Oktober 1910, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

Die Polizeitaten von Moabit und der Anschlag auf die Volksrechte.

Referent: Reichstagsabgeordneter Georg Ledebour-Berlin.

Freie Diskussion. — Die freigesinnte Lübecker Einwohnerschaft wird ersucht, in Massen zu erscheinen!

Arbeiter u. Arbeiterinnen! Auf zum Protest gegen die Bedrohung der Volksrechte!

Die Kartellkommission. Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins. I. A.: Paul Löwigt, Johannisstraße 46.

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
H. Pagel.

Waisenhof.

Sonntag: Gr. Tanzmusik.

Musik: Harmonika-Klub.
Eintritt frei.
Gustav Gipp.

Adlershorst.

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Zum Falkenfeller.

Sonnabend und Sonntag:
Großes Eisbeinessen.

Einladung zum

:: BALL ::

der Töpfer Lübecks

am Sonntag, 23. Oktober 1910,

im Lokale des Herrn Fürböter, Wakenitz-Bellevue.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt für Herren 60 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg., wof. Gard.
Das Komitee.

Konzerthaus

Zauberflöte.

Täglich großes Konzert.

Damen-Streich-Orchester.

5 Damen, 2 Herren.
— Anfang 4 Uhr. —
Ludwig Keck.

Sonntag, den 30. Oktober u. Montag, den 31. Oktober:
Ausspielen von Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch.

Am Sonntag, d. 23. Oktbr.

Tanzkränzchen

in nachstehenden Lokalitäten:

Hansa-Halle.

Großes Tanzkränzchen.
Anf. 5 Uhr. Eintr. frei. Ende 1 Uhr.
Abonnement 50 Pfg. C. Kühn.

Wakenitz-Bellevue.

Heute, Sonntag:

BALL.

H. Fürböter.

Friedr.-Franz-Halle

Großes Tanzkränzchen.
Anf. 4 Uhr. Eintr. frei.
Ende 1 Uhr. L. Stamer.

Louisenlust.

Gr. Tanzmusik.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
Johs. Benn.

Friedrichshof.

Großer Tanz.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.
Eintritt frei. J. H. Hagelstein.

FLORA.

Großes Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt frei. Max Siems.

Einladung zum

Benefizball

der Bedienung

am Sonntag, d. 23. Oktober,
im Lokale des Herrn
Jenkel (Einsegel).

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg. 1 Dame frei.
Die Bedienung.

Panorama

Breitestr. 53, I., Fl.

Berner Oberland.

Gesangverein Lyra.

Einladung zum 4. Stiftungsfest

verbunden mit Konzert, Gesangvorträgen, theatralischen Aufführungen, sowie darauffolgendem Ball,

am Sonntag, dem 23. Oktober 1910,

im Konzerthaus Fünfhausen (gr. Saal).

Anfang 7 Uhr. Ende 2 Uhr.
Herren-Karten im Vorverkauf 60 Pfg., eine Dame frei, Abendkasse 80 Pfg., eine Dame frei. Damen-Karte 30 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.

Montag, den 24. Oktober 1910, abends 8 Uhr,
im Konzerthaus Fünfhausen, Lübeck.

Oeffentl. Lichtbilder-Vortrag.

Nur für Herren.

Wie schützen wir uns vor den Geschlechtskrankheiten u. ihren Folgen? Ist Syphilisansteckung heilbar?

Referent: **G. Weber.**

Personen unter 18 Jahren haben keinen Zutritt. Rauchen gestattet.
Dieser Vortrag ist sehr lehrreich und sollte keiner versäumen, denselben zu besuchen.

Gesangverein „Eintracht"

BALL

verbunden mit Preisschießen

am Sonntag, dem 23. Oktober 1910,

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang des Schießens vormittags von 11—1 Uhr und nachmittags von 4 Uhr.

Ballanfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.

Der Vorstand.

Deutscher Fleischer-Verband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Einladung z. Herbstvergnügen

am Sonntag, dem 23. Oktober,

im Gesellschaftshaus Monopol.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt für Herren 60 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Um 9 Uhr: **Grosse Laternen-Polonäse.**
Das Komitee.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Mitgliedschaft Lübeck.

Einladung zum Ball

am Donnerstag, dem 27. Oktober 1910,
im Gewerkschaftshaus, Johannisst. 50-52.

Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.

Wilhelm-Theater.

Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:

Tanzkränzchen

Achtung! Achtung!

Universum.

Heute Sonnabend u. morgen Sonntag:

Gr. Einakter-Abend!

Drei Komödien!

Wie noch nie dagewesen.

Außerdem Auftreten des vorzüglichen und beliebten Herren-Quartetts „Lübecka".

L. Puls.

Hansa-Theater

Täglich abends 8¼ Uhr.
Gastspiel des Berliner
Thalia-Theaters.

Der Schlager v. Berlin 1910!

Polnische Wirtschaft

Posse mit Gesang und Tanz in drei Akten.

50 Darsteller und Darstellerinnen. 50

Gesangsschlager.
„Komm, mein Schatz, in den Lunapark!" „Männe, hak mir die Taille auf!" „Wer kann dafür?" „Wie schön bist du, Berlin!" „Die Dorfmusik."

Vorverkauf bei Sager.

Stadthallentheater.

Sonntag, 23. Oktober. 7½ Uhr.

Der Skandal.

Schauspiel von Henry Bataille.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Roß, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Sonntag, 23. Okt. Nachm. 3 Uhr.

Bei kleinen Preisen!

Der böse Geist

Lumpaci vagabundus

oder: Das liederliche Kleeblatt.
Große Gesangsposse von Nestroy.
Sonntag, abds. 7½ Uhr. Voll-Ab. 33.

Aida.

Große Oper von G. Verdi.
Montag, 24. Oktober. 7½ Uhr.

Das Kätchen von Heilbronn.

Romant. Schauspiel von Kleist.
Mittwoch, 26. Okt. Abds. 8 Uhr.
Uraufführung!

Die drei Klingelfüge.

Schwank von Ernst Albert.

kannte kein Erz und keinen Marmor, aus dem Leben geformt wurde. Die Götter wurden symbolisch verehrt durch Steine, Hölzer usw. und diese Symbolik fand in geometrischen Formen ihren Ausdruck. So tragen z. B. die Trojaner beim Verlassen ihrer Stadt die Holzbilder mit sich. Das griechische Altertum kannte ein ausgeprägtes Kunstgewerbe; Emaille, Gold, Silber und Bronze verstanden die Hellenen mit einer solchen Meisterschaft zu handhaben, die wir uns kaum erklären können. Um nur eines anzuführen: Im Museum zu Athen befindet sich ein kleiner Dolch, auf dem eine Landschaft aus Gold und Edelsteinen eingelegt ist. Dädalus wird als hervorragendster Meister der Künste genannt. Er schuf die Statuen mit einer Lebenswahrheit, daß der Sage nach die eine gefesselt werden mußte, um sie am Entlaufen zu verhindern, auf eine andere wurde zur Abwehr mit Steinen geworfen. Das zeigt, daß von hier an das Problem der Statue gelöst war, der Eindruck des Gehens war geschaffen, das Leben an Stelle der starren Formen getreten. Dieser Dädalus ist in Wirklichkeit aber keine historische Person, sondern der Name bedeutet Künstler überhaupt. Von der ursprünglichen Einfachheit bis zum Darstellen des lebendig Wirkenden halfen dem griechischen Bildner vor allem die nackten Männergestalten, die er bei den gymnastischen und hauptsächlich den olympischen Spielen täglich vor Augen hatte. So zeigt sich bei der griechischen Plastik, wie die erst schlaff am Körper herabhängenden Arme tatbereit werden, die Augen sich öffnen, der ausdruckslose Mund zu lächeln beginnt, der Körper eine ungezwungene Stellung einnimmt und natürliches Leben atmet. Dem Streben nach Schönheitsideal ging Konsequenz und Folgerichtigkeit voraus und machte die griechische Plastik zu dem, was sie wurde. Der Vortragende führte weiter die Zeit der Tyrannen an, die eine Zeit hoher künstlerischer Blüte war und die fahrenden Künstler — die ersten Bildner waren herumziehende „Herrgottsschnitzer" — nach Athen zog, schilderte, wie im Athen Solons durch die Verbindung mit den Inselvölkern die Kunst gefördert wurde, wie die dorischen Völker in erster Linie die Ausbildung der nackten Männergestalt schufen, die ionisch-attischen Völker Inhalt und Geist, die athenischen die Sinnlichkeit in den Vordergrund schoben. Hätten die Griechen den menschlichen Körper nicht so gut studiert, würden sie nicht so hervorragende Frauenstatuen geschaffen haben, unter deren wallenden Gewändern die Glieder für den Betrachtenden nicht minder leben wie beim nackten Mann. In wie unglaublich kurzem Zeitraum die griechische Kunst fortgeschritten ist, zeigte Dr. Linde an einer Reihe guter Lichtbilder und erläuterte an den Statuen der Artemis, des Perseus, dem Dornausziehen und andern die Feinheiten griechischer Schöpfungen, die in Myron (460 v. Chr.) den Meister der Meister fanden. Myron erfaßte nicht nur den Moment der Bewegung, sondern er legte in diese die Empfindung, gab mit einem Wort höchstes Leben. Seine wunderbaren Tierschöpfungen schufen im Altertum wegen ihrer täuschend wiedergegebenen Lebenswahrheit viele Sagen, berühmt ist die von Myrons Kuh, die Menschen und Tiere täuschte. An Größe wetteiferten mit Myron Polyklet und Pytagoras. Ein großer Meister der Jetztzeit, Hildenbrand, hat versucht, den Griechen nachzustreben, ein Gleiches zu schaffen. Er ist ihnen wohl am nächsten gekommen, aber seine Werke erinnern bei aller Kunst immer noch an das Modell; während bei den griechischen Meistern alles lebt, das Nackte durch dies Leben in den Hintergrund tritt, ist's hier beim Modernen aufdringlich und in die Augen springend, wie der Redner an schönen gegenübergestellten Bildern zeigte. Bei den Griechen war eben die Natur der Lehrmeister, nicht das Modell, sie suchten nicht die Natur nachzubilden, wie die Impressionisten, sondern der Natur nachzustreben.

Aus dem Gerichtssaal. Gestern stand vor der Strafkammer II abermals der Fuhrunternehmer Bartels, der am 8. Juli in Gemeinschaft mit mehreren Kutschern wegen einer Reihe Diebstähle und Unterschlagungen abgeurteilt worden war. Bartels, der damals zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und 5jährigem Ehrverlust verurteilt worden war, legte mit Erfolg Revision ein. Das Reichsgericht verwies die Angelegenheit an die hiesige Strafkammer zurück. Der Angeklagte, dessen Taten noch in frischer Erinnerung sein dürften, stahl bekanntlich alles, was er bekommen konnte: 1 Rollwagen der Firma Meiners, Laufplanken, Gardinenstoff, Persennige, Eisenwaren, Drahtgeflechte, Löffel usw. Das gestohlene Gut verkaufte er auf seiner Landstelle in Techau. Das Gericht nahm nicht als festgestellt an, daß es sich hier um Güterberaubungen handelte, vielmehr mußte es zu der Annahme gelangen, daß die gestohlenen Kaufmannsgüter dem sogenannten herrenlosen Gut entstammten, die sich auf jedem Kaischuppen ansammeln. Mit Rücksicht hierauf und auf den Umstand, daß in einzelnen Fällen schon Verjährung eingetreten ist, erkannte das Gericht auf eine mildere Strafe, nämlich auf 1 Jahr Gefängnis, unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft.

Rasch tritt der Tod den Menschen an. In der letzten Nacht gegen 12 Uhr brach der Konditor Karl Blau in der Breitenstraße infolge eines Blutsturzes zusammen. Der herbeigerufene Polizeiarzt konnte nur noch den Tod konstatieren.

pb. **Entwendeter Aschheimer.** In der Nacht vom 20. zum 21. d. M. ist vor dem Hause An der Untertrave 108 ein verzinkter Aschheimer mit Deckel abhandengekommen und vermutlich durch unfugtreibende Personen verschleppt worden.

pb. **Wer ist der Tote?** Nach einer Mitteilung des Königl. Polizeipräsidenten in Frankfurt a. M. ist am 12. ds. Mts. im Main die Leiche eines unbekannten Mannes gelandet, dessen Personalien bisher nicht zu ermitteln waren. Er kann 35—40 Jahre alt sein, hat große kräftige Gestalt, dunkelblondes volles Haar, blonden Schnurrbart und volles Gesicht. Am rechten Arm befindet sich die Tätowierung: „R. Sch. 1892". Bekleidet war der Verstorbene mit schwarzem Jackettanzug, weißem Hemd, schwarzen Strümpfen, schwarzen Schnürschuhen und braun- und grüngestreifter Krawatte.

pb. **Festgenommen** wurde ein zugereister Schlachtergeselle, der sich gestern nachmittag aus einem an der Hansastraße belegenen Schlachterladen ein Stück Speck im Gewichte von etwa 7½ Pfund aneignete.

Ein anerkennenswertes Arrangement ist von der Leitung des Gewerkschaftshauses getroffen worden. Dieselbe veranstaltet im kommenden Winter fünf volkstümliche Abonnementskonzerte. Das Orchester besteht aus 20 Musikern. Mit Rücksicht auf den billigen Preis — eine Mark für sämtliche Konzerte für einen Herrn nebst Dame — ist zu erwarten, daß die organisierte Arbeiterschaft für einen regen Kartenvertrieb und damit auch für einen zahlreichen Besuch dieses Arrangements Sorge trägt. Das erste Konzert findet am 23. November statt.

Im Hansa-Theater gelangt allabendlich durch ausgezeichnete Kräfte des Berliner Thalia-Theaters die famose, urkige Posse „Polnische Wirtschaft" zur Aufführung. Wer sich einmal so recht von Herzen auslachen will, dem ist gegenwärtig der Besuch des Hansa-Theaters ganz besonders zu empfehlen. Die Kostüme und Dekorationen sind tadellos, dazu das vortrefflich eingespielte Ensemble, das auch hochgestellten Ansprüchen durchaus genügt.

Einen Experimental-Vortrag über das autogene Schweiß- und Schneidverfahren veranstaltet am morgigen Sonntag vormittag 10 Uhr präz. der Arbeiter-Bildungsverein. Vortragender ist Genosse Diez, der an der Hand der vom Drägerwerk dankenswerterweise zur Verfügung gestellten Apparate ein anschauliches Bild dieses Verfahrens geben wird. Da der Eintritt frei ist, so ist hoffentlich ein zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen zu erwarten.

Kaiser-Panorama. Eine herrliche Schweizerreise kann man diese Woche im Kaiser-Panorama, Breitestraße 58, I, machen, das seinen Besuchern augenblicklich das Berner Oberland vorführt. Es ist ein herrliches Fleckchen Erde: Die Jungfrau in ihrem ewig schneeigen Gewande, der Eiger und Mönch, das Wetterhorn usw. Wundervoll sind auch die Aufnahmen von Berg und Thun am Thuner See. Das Berner Oberland wird mit Recht das Herz der Schweiz genannt und alljährlich von vielen Fremden besucht, wem dieses nun nicht vergönnt ist, der hat im Panorama in dieser Woche Gelegenheit, die herrlichen Alpen in ihrer Pracht kennen zu lernen. Wir empfehlen eine Besichtigung der interessanten Serie auf das angelegentlichste.

Neues Stadttheater. Am heutigen Sonnabend geht Maillarts reizvolle Oper „Das Glöckchen des Eremiten" in neuer Einstudierung in Szene. Morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, gelangt bei kleinen Preisen außer Abonnement die lustige Gesangsposse mit Ballett: „Der böse Geist Lumpacivagabundus" oder: „Das liederliche Kleeblatt" von Johann Nestroy zur Aufführung. — Abends 7½ Uhr kommt Verdis große Oper „Aida" zur Wiederholung. — Am Montag findet eine nochmalige Aufführung des mit so großem Beifall aufgenommenen Schauspiels „Das Käthchen von Heilbronn" von Heinrich von Kleist statt. — Am Mittwoch findet die Uraufführung des neuen Schwankes von Ernst Albert „Die drei Klingelzüge" statt. — Herr Albert hat sich als Schwankdichter bereits einen Namen erworben. Seine „Tolle Prinzeß" und „Erbtante", die hier so viele Aufführungen erlebten, werden gegenwärtig an den meisten Bühnen mit gleich großem Erfolge wie hier gegeben. In den Schwänken Alberts ist bei aller tollen Situations-Komik jede Anzüglichkeit vermieden. Auch in dem neuen Stück „Die drei Klingelzüge" ist es vor allem auf die Lachmuskeln der Zuschauer abgesehen.

Stadthallen-Theater. Morgen Sonntag, abends 7½ Uhr, geht das interessante Schauspiel „Der Skandal" von Henry Bataille, welches im „Neuen Stadttheater" mit so großem Beifall aufgenommen wurde, in Szene. — (Vorverkauf der Billetts siehe Inserat.)

Reichstagsabgeordneter G. Ledebour

spricht am Montag abend 8½ Uhr in einer

großen

Volksversammlung

im „Gewerkschaftshaus" über das Thema

„Die Polizeitaten von Moabit und der Anschlag auf die Volksrechte".

Jeder Arbeiter, jede Arbeiterfrau muß in dieser Versammlung anwesend sein!

---

* **Schwartau.** Die letzte Bürgervereinsversammlung bestätigte die von uns schon längst behauptete Tatsache, daß der unpolitische Haus- und Grundbesitzerverein sich bei den Wahlen doch politisch betätigt. Die Nachrichten für das Fürstentum Lübeck schreiben darüber: „Bezüglich der bevorstehenden Gemeinderatswahlen werden Haus- und Grundbesitzerverein und Bürgerverein gemeinsam vorgehen. Es wurden die Vertrauensmänner gewählt, welche für jeden Bezirk eine genaue Wählerliste aufzustellen haben. Die Kandidaten-Vorschlagsliste des Bürgervereins sowie des Haus- und Grundbesitzervereins werden in Vereinssitzungen Anfang nächsten Monats festgesetzt werden. Im übrigen herrschte Übereinstimmung darüber, daß es diesmal der größten Anstrengungen des gesamten Bürgertums bedürfe, um ein erneutes Eindringen der Sozialdemokratie in die Gemeindevertretung zu verhindern". — Im Grunde genommen sind die bürgerlichen unpolitischen Vereine, einerlei, welchen Namen sie führen, die schlimmsten Gegner der Sozialdemokratie. Genossen, Genossinnen, nützt die kurze Zeit bis zu den Wahlen zur Agitation aus, dann kann uns der Sieg nicht fehlen.

* **Schwartau.** Wegen Vergehens gegen den § 175 des Strafgesetzbuches wurde der Privatmann Kl. zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Schauspieler Qu. aus Hamburg wurde wegen Erpressung in der gleichen Angelegenheit zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Schwartau. Vom Schuldienst beurlaubt worden ist der kürzlich zum Landtagsabgeordneten erwählte hiesige Lehrer Graage und zwar für die Zeit vom 20. Oktober bis zum 22. Dezember d. J. Diese Beurlaubung erfolgte, damit Herr Graage sein Mandat ausüben kann. Dagegen ist nichts einzuwenden. Denkt nun aber die Regierung gar nicht daran, an seine Stelle für eine Aushilfe Sorge zu tragen? Oder sollen die Kinder während der Abwesenheit ihres Lehrers gar keinen oder einen gekürzten Unterricht erhalten? Fast scheint es so, denn seit einigen Tagen haben die Kinder seiner Klasse auch schon „Urlaub" bekommen. Hoffentlich sorgt die Regierung für baldige Abhilfe.

Ost-Ratekau. Die Wählerlisten für die im November vorzunehmende Gemeinderats-Ergänzungswahl liegen vom Sonnabend, den 22. Oktober bis einschließlich Freitag, den 4. November d. J. zur Einsicht der Beteiligten und Einbringung etwaiger Bemerkungen bei dem Gemeindevorsteher in Warnsdorf aus. Arbeiter! Parteigenossen! Seht die Wählerlisten ein. Wer nicht in denselben verzeichnet steht, geht seines Wahlrechts verlustig.

Hamburg. Eine Sozialistendebatte in der Bürgerschaft. Am Mittwoch abend gelangte in der Bürgerschaft der Antrag der Linksliberalen auf Einführung eines staatlichen Arbeitsnachweises zur Beratung. In sachkundiger Weise schilderte Dr. Petersen die Hamburger Art der Arbeitsvermittelung mit ihrem wirren Durcheinander und ihren Auswüchsen, und verlangte den staatlichen Arbeitsnachweis unter paritätischer Verwaltung. Das wäre, meinte er, ein Weg, die Kluft zwischen Arbeiter und Unternehmer wenigstens in diesem Punkte zu überbrücken. Als Argumente für seinen Antrag führte er an: „Wir wollen nicht, daß der Arbeitsnachweis ein Kampfobjekt zwischen Unternehmern und Arbeitern sei; wir wollen nicht, daß die Stellenvermittelung gewerbsmäßig ausgebeutet wird; wir wollen aber durch gemeinsames Zusammenwirken von Unternehmern und Arbeitern unter Aufsicht des Staates die Interessen sowohl der Arbeiter und Angestellten wie der Arbeitgeber wahrnehmen." Gegen diesen philanthropischen Illusionär zogen nun die Vertreter der Unternehmerinteressen wütend zu Felde, indem sie nach bekanntem Muster von dem Terrorismus der organisierten Arbeiter fabulierten und das Schreckgespenst des Zukunftsstaates an die Wand malten. Alte abgedroschene Phrasen wurden aufgewärmt, um zu beweisen, was bei einer paritätischen Zusammensetzung eines solchen Arbeitsnachweises herausspringen würde. Die mächtigen Gewerkschaften würden bald die Oberhand gewinnen, die Unorganisierten zurückgesetzt werden, denn es brauche nur ein Unternehmer umzufallen, und aus wäre es mit der Parität. Dieses grause Bild wurde von einem Sozialistentöter noch weiter ausgemalt, der, als auf Süddeutschland hingewiesen wurde, pathetisch ausrief: „Ja, dort sind auch die Sozialisten ganz andere Leute! Wenn wir mal hier so vernünftige Sozialdemokraten hätten, die mit sich reden lassen, die für das Budget stimmen, dann würden wir auch anders reden." Auf den Zuruf aus den Reihen der Sozialdemokraten, man solle doch das Klassenwahlrecht abschaffen, erwiderte dieser Ordnungskämpe: „Vorläufig haben wir noch das Heft in der Hand." Genosse Bartels rechnete mit den Scharfmachern gebührend ab, ebenso auch die Genossen Weinheber und Hense. Dr. Petersen bezeichnete die von den Scharfmachern vom Zaune gebrochene Sozialistendebatte als eine politische Unklugheit, weil auch sehr prominente Personen — z. B. der Handelsminister Dr. Delbrück — solche Arbeitsnachweise fordern. Der Antrag wurde an einen Ausschuß verwiesen.

Hamburg. Die Leiche im Schiffsraum. Das „Hbg. Echo" schreibt: Wir berichteten vor einigen Tagen, daß man im Auslande die Leiche eines Mannes im Raum des Dampfers „Rio Negro" der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft in total verwestem Zustande aufgefunden habe. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft hat sich nicht gemüßigt gesehen, hiervon der Öffentlichkeit Kenntnis zu geben, obgleich es ein Hamburger Schauermann sein soll, der seinerzeit vermißt wurde. Er heißt Peter Knudsen, der vermißt wurde, als der Dampfer hier lud. Seine Kollegen waren der Meinung, daß der Genannte in der Pause ans Land gegangen und nicht wiedergekommen sei. Man hat dann das Schiff mit Demijohns, die mit Reis gefüllt waren, weiter beladen und sich um den Vermißten nicht weiter bekümmert. Jetzt erst erfahren wir auf Umwegen, daß der Mann in Manaus im Raum unter der Ladung liegend aufgefunden ist. Sein Jackett hatte er unter dem Kopf liegen, Tabaksbeutel und Pfeife lagen neben ihm. Die Sache ist nur so zu erklären: Der Mann hat sich während der Essenspause im Raum in eine Nische zwischen der Ladung zum Schlafen hingelegt und seine Kollegen haben ihn nicht gesehen, als sie die Arbeit wieder aufnahmen. Hier ist er dann zugedeckt worden und wie die Ladung über ihm lag, hat er sich nicht mehr rühren können und ist so elend ums Leben gekommen.

Harburg. Unglücksfall. Eine in der Elisenstraße wohnhafte 50jährige Plätterin fiel, als sie unter der Decke hängende Wäschestücke herunternehmen wollte, von der Trittleiter und brach den Halswirbel, sodaß der Tod auf der Stelle eintrat.

Flensburg. Vor Hunger ohnmächtig geworden. Wie traurig es in der „besten der Welten" noch um die Existenz des Proletariers bestellt ist, zeigt folgende Notiz aus den „Fl. Nachr.":

> In entkräftetem Zustande wurde Dienstag nachmittag ein junger Mann an den Süderhofenden bewußtlos aufgefunden. Nachdem der Vorfall auf der Feuerwache gemeldet, erfolgte die Überführung mittels Tragbahre durch Samariter der Berufsfeuerwehr zur Samariterstation, woselbst dem jungen Menschen, einem Arbeiter Alexander Mercker aus Leipzig, welcher hier in Arbeit gestanden und infolge Beinbruchs längere Zeit im Krankenhause zugebracht hatte, die nötige Hilfe und Pflege zuteil wurde.

So lange noch Menschen vor Hunger umkommen müssen, braucht niemand zu fürchten, daß für die Arbeiter schon zu viel getan sei.

Alsen. Der schwere Verdacht des Mordes richtet sich gegen einen Hufner in Klein-Mummark. Am 12. Juni 1905 wurde die 72 Jahre alte Altenteilerin Frau Bladt erhängt aufgefunden. Ein Selbstmord wurde schon damals bezweifelt, zumal der Knoten des Strickes derart war, daß die Tote ihn nicht selbst gemacht haben konnte. Der einzige, der Interesse an dem Tode der Frau haben konnte, war der abgabenpflichtige Hufner. Die auf Betreiben der Verwandten der Frau eingeleitete Untersuchung hat dazu geführt, daß jetzt der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter an der vermeintlichen Mordstelle weilten.

Bremen. Zum Straßenbahnerstreik. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts lud gestern nachmittag die Verbandsvertreter zu einer Besprechung ein, um sich über die Grundlagen einer einzuleitenden Vermittlungsaktion schlüssig zu werden.

Bremen. Beigelegter Konflikt. Die Arbeiter der technischen Betriebe des Norddeutschen Lloyd haben sich laut „Weserzeitung" mit der ihnen von der Verwaltung auf ihre Forderung hin erteilten Antwort einverstanden erklärt.

Nordenham. Der Hafenarbeiterstreik ist beendet. Zwischen der Midgard-Gesellschaft und der Firma Müller einerseits und der Verwaltung des Transportarbeiterverbandes in Nordenham anderseits ist ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Sämtliche Sperren der Betriebe an der Unterweser werden aufgehoben. Die Arbeitswilligen werden abgeschoben. Die Arbeiter nahmen am Donnerstag die Arbeit wieder auf.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 3. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Mummenschanz und Revolution. — Die auswärtige Politik der russischen Konterrevolution. Von Karl Radek. — In Erwartung des Parteitags von Mailand. Von Oda Olberg (Rom). — Der Kampf auf deutschen Seeschiffswerften. Von Gustav Becker (Berlin). II. — Technisch-wirtschaftliche Rundschau. Von Richard Woldt. — Literarische Rundschau: Oschkoli, uciteijima i ucenicima sa sozialdemokratskog gledista. Von Radé, K. T. — Zeitschriftenschau.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:

Vom Dampfer „Haffnia" . . . . . 1,30 Mk.

Friedr. Meyer u. Co.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling; Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Weit unter Preis

kaufte ich einen großen Posten

Knaben-Garderoben

hauptsächlich Modell- und Muster-Anzüge, sowie Pyjacks und Paletots in erstklassiger Verarbeitung, welche teils für die Hälfte des regulären Wertes zum Verkauf kommen. Diese, als auch einige kleine vorteilhafte Lagerposten sind

in der 1. Etage extra ausgelegt.

Knaben-Anzüge	regulär	4.50	7.90	12.50	18.75
	für	2.80	4.50	6.50	9.75
Knaben-Pyjacks	regulär	7.40	12.50	14.50	16.75
	für	4.90	7.50	9.75	11.00

Ein Posten **Knaben-Leibchen-Hosen** blau Kammgarn, ganz gefüttert Größe 1—8 durchweg Stück **2.50**

Grosse Posten **Sweater** für Knaben u. Mädchen im Alter von 3—14 Jahren
Serie I **1.80** Serie II **2.90** Serie III **3.50**

Rudolph Karstadt.

Mit dem heutigen Tage übernehme ich das Geschäft

„Zur alten Post"

Moisling

und bitte um geneigten Zuspruch.

Carl Hoyer.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum, sowie Freunden und Gönnern zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage meine neu erbaute

Bäckerei, Loignystr. 14,

eröffnet habe.

Es wird mein größtes Bestreben sein, nur gute und reelle Ware zu liefern und bitte mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Rob. Wolgast.

---

daß **Wilh. Hinrichsen,**
Maschinenbauer,
Lübeck, Beckergrube 70,
die besten
Nähmaschinen der Welt führt.

Lang-, Ring-, Schwing-, Rund- und Zentral-Schiff zum Sticken und Stopfen, vor- und rückwärts nähend, bis 10 Jahre schriftliche Garantie von 45—117 Mk. Abzahlung gestattet. Alte Nähmasch. werd. in Zahl. genommen. Orig. Singer-Nähmasch. v. 15 Mk. an. bis 5jähr. Garantie. Reparaturen in u. außer dem Hause v. 1 Mk. an.

Wiegels Konservierungs-Honig-Essig

beliebter und bewährter Einmacheessig, in den meisten einschlägigen Geschäften erhältlich. Fabrik: Fischergrube 61.

Afrana- Winselmann- und deutsche Singer-

Nähmaschinen

empfiehlt H. A. Hill Nachf. Walter Schmidt
Johannisstr. 9. — Fernruf 1129. — Reparaturwerkstatt.

Der Wahre Jacob

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Eierkartoffeln,
Magnum bonum-Kartoffeln
in nur allerfeinster Ware liefert zu billigsten Preisen frei Haus

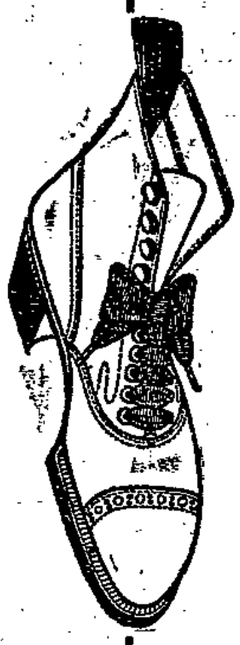
Hans Lübcke,

Wickedestr. 33/35. Telephon 2378.
Mit Kochproben stehe ich auf Wunsch gern zu Diensten.

Ueberall zu haben.
Fabrikation und Vertrieb der Bilz alkoholfreien Getränke
Georg Hembd, Lübeck.
Fernsprecher 642.

Meyers

Herren- u. Damen-Schuhe u. Stiefel sind stadtbekannt.



Haupt-Preislagen:

7.50 8.50 9.50 10.50 11.50 12.50 Mk.

Schuhwarenhaus

J. W. Meyer

Lübeck

Breitestrasse 95.

F. Meyers Schuhwarenhaus, Hüxterdamm 2.

Empfehle für den Winter

starkes, genagelstes Herren-, Damen- u. Kinder-Fußzeug

zu bekannt billigen Preisen,

wasserdichte Schaft- und lange Stiefel (Handarbeit).

Rote Rabattmarken oder 4% in bar.

Gewerkschaftshaus Lübeck

Johannisstraße 50—52.

Spezialität: Frühstücks- u. Abendplatte. Zivile Preise.
ff. bürgerl. Mittagstisch 65 Pf. von 12—2 Uhr.

Meyer's Kaffee

In Packeten.
Rot-weiße Emailleschilder kennzeichnen unsere Niederlagen.
Direkter Import.